

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltenen Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die Petitionen

haben wir schon einmal in diesem Blatte die Stiefkinder des Reichstags genannt. Das war bei Schluß der vorigen Legislaturperiode.

Der gegenwärtige Reichstag ist nun auch schon gegen vier Monate zusammen, ohne daß man irgend von einer bedeutsamen Petitionsberatung etwas hört. Die Petitionskommission arbeitet zwar recht fleißig auch sind verschiedene gut ausgearbeitete Berichte an die Reichstagsmitglieder gelangt, aber das Plenum regt sich noch nicht und so dürfte diese Session geschlossen werden, ohne daß eine nennenswerthe Anzahl von Petitionen zur Berathung resp. zur Beschlußfassung gelangt ist.

Seit Errichtung des deutschen Reichstags laufen jährlich tausende von Petitionen an denselben ein; viele die auf Gesetzesvorlagen hinielen, zahlreichere aber noch, die das Wohl und Wehe einzelner Gewerkschaften oder Personen betreffen. Bei den auf bestimmte Gesetze hinielenden Petitionen kann man im Allgemeinen sagen, daß sie in richtiger Weise erledigt werden — natürlich nur dann, wenn von der Regierung oder aus der Mitte des Reichstags selbst ein das bezügliche Gesetz betreffender Antrag eingebracht worden ist. Der Referent der zuständigen Kommission theilt dann mit, daß so und so viele Petitionen, die sich in dieser oder jener Art aussprechen, zu der Sache vorliegen und überläßt es den Rednern auf dieselben einzugehen. Nachdem das Gesetz durchberathen worden ist, werden die Petitionen für erledigt erklärt.

Anderer steht es mit den Einzelpetitionen. Es ist eine wohl bei allen Parlamenten gebräuchliche, wenn auch ungeschöne Sitte, unliebende Petitionen nicht zur Berathung gelangen zu lassen, sondern sie in der Kommission einfach zu begraben.

Derartigen Eingaben sind dann von der Bildfläche verschwunden, denn die folgende Session des Reichstags hat weder die Pflicht noch das Recht, diese bei der vorhergehenden Session eingereichten Petitionen zur Erledigung zu bringen. Diejenigen, bei denen genaue Adressen des Petenten angegeben worden sind, werden mit dem Vermerk erledigt zurückgeschickt, die übrigen bleiben einige Jahre auf dem Boden des Reichstagsgebäudes in Verwahrung und werden dann makulirt.

Nur erneute, vor und während der nächsten Session an den Reichstag gerichtete Petitionen können Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Aber auch solche Petitionen, welche keineswegs unlieb-

sam, sondern die von großer Wichtigkeit für die einzelnen Petenten sind, finden nur in den seltensten Fällen eine sachgemäße Erledigung.

Man spricht jetzt so oft von allzusehr ausgebildetem Parlamentarismus, man redet davon, daß der Reichstag allzuoft zusammentrete und allzulange zusammenbleibe. Die Reichsregierung möchte ihn am liebsten nur alle zwei Jahre einberufen. Und doch wird der Reichstag jetzt niemals mit seinen Petitionen nur annähernd fertig. Dabei aber arbeitet, wie schon angedeutet, die Petitionskommission recht fleißig; auch werden diejenigen Petitionen, welche die Kommission als zur Berathung im Plenum für ungeeignet erklärt, den Abgeordneten nach Nummern geordnet zugesandt und später im Reichstag vom Referenten in wenigen Minuten vorgelesen.

Woher aber kommt es, daß der Reichstag in dieser Weise verfährt, vielleicht gezwungen ist, so zu verfahren?

Der Reichstag ist vielfach überbürdet mit zahlreichen gleichgiltigen Dingen und Arbeiten, oder aber mit neuen Gesetzentwürfen, die für des Volkes Wohl von sehr zweifelhafter Bedeutung sind. Und alles das, was von der Reichsregierung kommt, das muß der Reichstag, so schwer es ihm auch manchmal antommt, bis auf das Pünktchen über dem i gewissenhaft aufarbeiten, er blickt auch in seiner Majorität zu sehr nach oben und muß nun naturgemäß vernachlässigen, was von unten vom Volke kommt.

Daß bei einem solchen System das Vertrauen des Volkes auf den Reichstag mehr und mehr schwindet, ist selbstverständlich. Die vernünftigen und berechtigten Petitionen werden bald auch ausbleiben und so wird es kommen, daß sich später der Reichstag nur noch mit Petitionen von Querulanten und Halbhirnsinnigen zu beschäftigen haben wird.

Es würde jedenfalls der Bedeutsamkeit des Parlaments sowohl, als auch der Bedeutsamkeit des Petitionsrechtes des Volkes und der Achtung vor demselben entsprechen, wenn ein jedes Parlament gesetzlich zur sachgemäßen Erledigung aller bei ihm eingegangenen Petitionen verpflichtet wäre und für den Eingang derselben mit dem Rechte der Berücksichtigung eine bestimmte Frist öffentlich bekannt gemacht würde.

Durch eine derartige Einrichtung aber würde auch der Zusammenhang der Volkvertretung und des Volkes besser hergestellt und befestigt werden zum Wohle des Landes.

Ob aber ein solcher wahrhafter Fortschritt auf dem Wege des ächten Parlamentarismus bald schon erfolgen wird, das wagen wir zu unserem Bedauern nicht zu bejahen.

Politische Uebersicht.

Dem Bundesrath ist der Entwurf einer allgemeinen Literarkonvention, eines Zusatzartikels dazu und eines Schlußprotokolls mit dem Antrage vorgelegt worden, daß das Reich sich an dem Abschluß einer allgemeinen Literarkonvention auf der Grundlage dieser Entwürfe, vorbehaltlich der durch die weiteren Verhandlungen etwa nothwendig werdenden Modifikationen, betheilige. Die Entwürfe sind im französischen Text vorgelegt und entsprechen dem Ergebnis der im September vorigen Jahres zu Bern über eine allgemeine Literarkonvention stattgefundenen Verhandlungen. Die Konvention umfaßt 21 Artikel, die Einführungsstermine sind offen gehalten.

Betreffend das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen ist folgende Bekanntmachung erlassen: „Auf Grund des § 1 Abs. 2 des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juli 1884 (Reichs-Gesetzblatt S. 61) hat der Bundesrath beschlossen, die nachfolgenden Sprengstoffe als solche, welche vorzugsweise als Schießmittel gebraucht werden, zu bezeichnen: 1) alle zum Schießen aus Jagd- oder Scheibengewehren oder zu Sprengungen in Bergwerken, Steinbrüchen u. s. w. dienenden, aus Salpeter, Schwefel und Kohle hergestellten Pulverorten; 2) die zur Entzündung von Gesehrladungen dienenden Sprengstoffe, soweit sie in Händbüchsen für Gewehre oder Händspiegeln für dergleichen verarbeitet sind; 3) die Vereinigung der unter 1. und 2. genannten Stoffe in fertige Gewehre, Pistolen oder Revolverpatronen, einschließlich der unter Verwendung von Analaquaerlöser ohne Pulver hergestellten Patronen für Reisinggewehre, Pistolen oder Revolver. Berlin, den 13. März 1885. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, v. Boetticher.“

Folgender Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Zollvereinigungsvertrages vom 8. Juli 1867 ist dem Bundesrath zugegangen: § 1. Die Bestimmung unter Biffer I. des Zollvereinigungsvertrages vom 8. Juli 1867, wonach von allen bei der Einfuhr mit mehr als 15 Groschen vom Hentner (3 M. von 100 Kilogramm) belegten ausländischen Erzeugnissen keine weitere Abgabe irgend einer Art, sei es für Rechnung des Staats oder für Rechnung von Kommunen und Korporationen erhoben werden darf, findet auf Backwaaren, Fleisch, Fleischwaaren und Fett, sowie ferner, insofern es sich um Besteuerung für Rechnung von Kommunen und Korporationen handelt, auf Bier keine Anwendung. — § 2. Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft. Gleichzeitig tritt § 4 des Gesetzes vom 20. Februar dieses

„Unsere Sache stand schlecht; da betrat Steinberg die Tribüne.“

„Um für sich zu plaidiren ohne Zweifel?“

„Ganz im Gegentheil, Herr Baron! Er wandte sich an seine bisherigen Wähler und dankte ihnen für das Vertrauen, das sie ihm bis dahin geschenkt, und sprach die Erwartung aus, daß sie ihm auch ferner Vertrauen schenken. — Beifall, Zustimmung gaben ihm die Versicherung, daß er in der Gunst seiner Wähler noch eben so hoch stände wie früher.“

„Weiter, Herr Strahlenau.“

„Er plaidirte aber nicht für sich.“

„Meine Herren,“ sagte er, „in der gegenwärtigen Legislaturperiode handelt es sich um Fragen, in welchen ich mit meinem Freunde, dem Baron von Wredow, nicht differire.“

„Er sagte: „mit meinem Freunde?““

„Ich wiederhole Ihnen wörtlich, was er sagte.“

„Am, hm! . . . Vielleicht eine neue Kriegslift . . .“

„Ich bedaure, meine Herren,“ sagte er weiter, „daß ich bisher als Gegner meinem Freunde, dem Baron von Wredow, habe gegenüberstehen müssen. Ich war damals genöthigt, die Freundschaft der Politik zu opfern. Ich schätzte mich glücklich und bin froh, zu diesem Opfer dies mal nicht gezwungen zu sein. Herr v. Wredow ist ein Abgeordneter, der Sie in dieser Legislaturperiode eben so in Ihrem Sinne vertreten wird, als ich es thun würde; ja, bei der Entscheidung seines Charakters, der Unbeugsamkeit seines Willens in Bezug auf Dinge, die er einmal für Recht anerkannt hat, wird er Sie vielleicht noch energischer vertreten, und wird noch energischer für die Intentionen der Regierung eintreten, wie ich selbst . . . Meine Herren“ — so endete er seine Rede — „Sie können keinen besseren Abgeordneten finden, als den Baron von Wredow, gegenwärtig in Berlin. Ich bitte deshalb meine Wähler, welche mir Ihr Vertrauen schenken, das selbe auf Herrn von Wredow zu übertragen. Ich werde es als Vertrauensvotum Ihrerseits ansehen, wenn Herr von Wredow als Abgeordneter aus der Wahlurne hervorgeht.“

Wredow hatte dem Sprecher mit gespanntester Aufmerksamkeit zugehört. Als Strahlenau hinhörte, sah er ihn

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dur.
(Fortsetzung.)

„Sie werden hoffentlich noch von anderer Seite die Bestätigung finden“, fuhr Strahlenau fort. „Die Sache ist die, daß ich, von Herrn von Steinberg aufgefordert, mir alle mögliche Mühe gab, einzelne Wähler, die ich für Stimmsührer hielt, auf Ihre Seite zu bringen. Da war zum Beispiel der Brauer Lehmann mit seinem Anhang . . . nun, ich habe das meinige gethan, um den ehrenwerthen Wahlmann für Sie zu gewinnen. . . . Ha, ha, ha! Das war eine lustige Geschichte; aber wer weiß, ob's mir gelungen wäre. Die Majorität blieb für Herrn von Steinberg.“

„Natürlich! natürlich! blieb für Herrn von Steinberg.“

„Es kam zur letzten Wahlmännerversammlung, zwei Tage vor der Wahl, in welcher man sich definitiv über den zu wählenden Kandidaten schlüssig machen wollte.“

„Ich weiß; auf diesen Wahlmännerversammlungen erhielt ich jedesmal die erste Schlappe.“

„Ich verhehle Ihnen nicht, Herr Baron, daß es bei dieser Versammlung beinahe so gekommen wäre. Wohl hatte ich indessen den Brauer, meinen Freund Lehmann, dann den Gastwirt Fischer mit seinem Stammgängen im Besolge auf meiner Seite, aber was nützte das gegenüber den dreihundert Wahlmännern, die sich durchaus auf Herrn von Steinberg geeifert hatten. Unterstützt wurde Ihre Wahl noch durch Ihren Sohn Bruno, und bringend in Vorschlag wurden Sie gebracht durch Lord Killmore.“

„Sie setzen mich immermehr in Erstaunen, Herr Strahlenau. . . . Nun, mein Sohn Bruno, freilich, er hat vielleicht so viel Pietät für mich ererbt, daß er nicht als mein Gegner austritt, obgleich ich überzeugt bin, daß er von der liberalen Strömung ebenso bespült ist, wie Herr von Steinberg; aber Lord Killmore, sein zukünftiger Schwiegersohn . . .“

Er schüttelte ungläubig den Kopf.
„Lord Killmore ist, wie Sie wissen, als Besitzer von Stolzenburg nicht nur Wähler, sondern auch Wahlmann

erster Klasse und ist von großem Einfluß. Auf die Wähler seiner Güter durfte er rechnen.“

„Und er nannte meinen Namen?“

„Wie Sie sagen — den Ihrigen. Er folgte lediglich dem Vorschlage seines Schwiegervaters.“

„Weiter, weiter! Herr Strahlenau. Ich weiß nicht, was ich von alledem denken soll? Mir wird es ganz wirt im Kopfe. . . . Ich hatte mir von Steinberg und seinen Verwandten eine ganz andere Vorstellung gemacht.“

„Kann wohl wahr sein, Herr Baron. Wenn Sie sich eine andere Vorstellung von diesen Personen gemacht haben, als die, daß sie im höchsten Grade ehrenwerthe Leute sind, so war ihre Vorstellung eben eine falsche.“

„Das Resultat der Vorwahl war also . . .?“

„Das Resultat war, daß die Meinungen noch immer getheilt waren. Ein großer Theil, Diejenigen, die ich gewonnen und die Anhänger Killmore's und Ihres Sognes, standen auf Ihrer Seite; aber die Wähler Steinbergs waren trotzdem in der Majorität. So hoch man auch den Lord schätzt, und so viel man auch Rücksicht nehmen mochte auf seinen Vorschlag in der Politik walteten noch andere Motive ob, als die persönliche Achtung.“

„Freilich, freilich!“

„Als wir schon beinahe eines gewissen Erfolges sicher waren, da erhob sich eine Stimme, ich glaube der Herr ist der Gerichtschreiber aus Falkenburg.“

„Ich habe nichts dawider“ sagte dieser, „daß Herr von Wredow ein ehrenwerther Charakter ist . . .“

„So also doch ein ehrenwerther Charakter,“ schaltete Herr von Wredow ein.

„. . . aber er ist ein Reaktionär. In der Periode der Verfassungskämpfe hat er auf der Seite der Junker gestanden. Er ist kein Freund des Volkes; ihn dürfen wir nicht wählen. Mag er auch in den kirchenpolitischen Fragen liberale Ansichten haben, wir sind es unserem alten Abgeordneten Steinberg schuldig, daß wir ihn wiederwählen. Bei ihm sind wir sicher, daß er uns in unserem Sinne vertritt.“

„Ein Bravo und ein wiederholtes: „Steinberg wird gewählt!“ . . . war das Resultat.“

„Ja wohl, das kann ich mir denken. Und Steinberg, der ohne Zweifel zugegen war, triumphirte.“

Jahres, betreffend die vorläufige Einführung von Änderungen des Zolltarifs, außer Kraft. — Die Begründung führt aus, wie es sich darum handle, die letzte Zolltarifnovelle mit der Mals- und Schlachtsteuer, namentlich gegenüber dem Sperrgesetz in Einklang zu bringen. Eine Malssteuer für Rechnung des Staates wird nirgends erhoben, dagegen besteht in mehr als 150 Gemeinden eine solche Steuer, welche auch von auswärtig eingehende Malsfabrikate, sowie meistens auch eingehende Malswaren unterliegen. Weiter heißt es: „Von noch größerer finanzieller Bedeutung als die Malssteuer ist die Schlachtsteuer (Fleischzölle), welche für Rechnung von drei Staaten (Sachsen, Baden und Sachsen-Meiningen), sowie von einer großen Zahl von Gemeinden zur Erhebung gelangt. Dieser Steuer unterliegen bei dem Eingange von Auswärts auch Fleisch, Fleischwaren und Fett; indessen dürfen diese Gegenstände, insofern sie ausländische sind, mit Rücksicht darauf, daß sie mit einem höheren Zollsaße als 3 Mark für 100 Kilogramm belegt sind, zur Besteuerung nicht herangezogen werden. Der letztbezeichnete Umstand ist geeignet, die beabsichtigte Wirkung des Zolltarifs zu beeinträchtigen, indem er den Vorzug, welchen inländische Gegenstände der bezeichneten Art auf dem deutschen Markte haben sollen, mehr oder minder aufhebt und hierdurch zugleich den Schutz, welchen die landwirtschaftlichen Viehhöfe zu gewahren bestimmt sind, abschwächt. Hiernach erscheint es notwendig, die Beschränkung der Besteuerung ausländischer Erzeugnisse auch für Fleisch, Fleischwaren und Fett in Wegfall zu bringen. Ferner empfiehlt es sich, für die kommunale Abgabenerhebung von Bier die fragliche Beschränkung fallen zu lassen.“

Der Landtag des Großherzogthums Hessen wird zum ersten Male zwei Sozialdemokraten zu seinen Mitgliedern zählen. In Mainz hatten bei der letzten Wahl (die durch relative Mehrheit entschieden wird) die Ultramontanen mit knapper Majorität gesiegt. Die Wahl wurde aber vom Landtag laßt und die Neuwahl der Wahlmänner fiel zu Gunsten der Sozialdemokraten aus. Sie brachten 1251 Stimmen auf, die Ultramontanen 1077, die Nationalliberalen 757. Die Demokraten hatten sich der Wahl enthalten. Bei den letzten Wahlen waren für sie 366 Stimmen abgegeben, für die Nationalliberalen 607, die Sozialisten 822 und die Ultramontanen 827. Die beiden sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten werden Schreiner in Rößt von Mainz und Ulrich von Offenbach sein. Mainz besitzt jetzt eine wunderbar gemischte Vertretung. Bei den städtischen Wahlen haben die vereinigten Nationalliberalen und Demokraten, bei den Landtagswahlen die Sozialdemokraten, bei den Reichstagswahlen die Ultramontanen gesiegt.

Stettin, 14. März. Der Dampfer „Titania“, welcher heute von Kopenhagen hier eintraf, wurde nach sozialdemokratischen Schriften durchsucht. Wie verlautet, ist die Durchsuchung erfolglos gewesen.

Oesterreich-Ungarn.

Das Schicksal des Sozialistengesetzes ist für diese Session des Reichsrathes zweifelhaft geworden, da das Abgeordnetenhause nach Oesterreich nur mehr formale Angelegenheiten erledigen soll, der Ausschuss für das Sozialistengesetz aber die Berathung über das Gesetz einem Subkomitee übergeben hat, welches jetzt erst fertig geworden ist. Ob das Gesetz in dieser Session noch erledigt wird, hängt einerseits von der Stärke des Drucks ab, den die Regierung zu Gunsten einer schnelleren Erledigung ausüben wird, andererseits von dem Verhalten der Fraktionen der Majorität zur Regierung. Zur Annahme dürfte das Gesetz unter allen Umständen gelangen, wenn auch mit einigen Abänderungen, die aber unwesentlicher Natur sein werden. Daß die Gesetze gegen das Gesetz stimmen werden, ist noch sehr zu bezweifeln; was Dr. Kieger am 17. Februar zu einer Deputation tschechischer Arbeiter über die Arbeiterfreundlichkeit der tschechischen Abgeordneten sagte, kann wenig Bürgschaften für das Verhalten dieser Abgeordneten gegenüber dem Gesetze gewähren, da diese Herren immer mehr Freunde der Regierung als der Arbeiter waren und man niemals zweien Herren gleichzeitig dienen kann, besonders, wenn deren Interessen entgegengeleitet sind. Das Subkomitee hat den Regierungsentwurf derartig verallgemeinert, daß er, in dieser Form angenommen, noch mehr geeignet wäre, jede selbstständige Bewegung der Arbeiter zu unterdrücken.

Franreich.

Der „Antanfricain“ erzählt von verschiedenen neuen Verhaftungen und Ausweisungen. Da ist in erster Reihe ein deutscher Schreiber, Namens Ostermann, den zwei Polizeigagenten in seiner Wohnung aufsuchten, um ihm mitzutheilen, daß er binnen dreimal 24 Stunden an die belgische Grenze geföhrt würde; Wehliches widerfuhr einem Polen und ferner wurden zwei russische Journalisten, der Eine in seiner Wohnung von sechs Agenten, der Andere von

zwei Polizeisten auf der Straße verhaftet. Endlich vernimmt man, daß der Senior der irischen Revolutionäre, James Stephens, welcher schon seit 1848 Paris bewohnt und sich als Sprachlehrer durchbrachte, jüngst in aller Frühe aus dem Schlafe aufgereckt und nach dem Polizeikommissariat der Vorstadt Les Gernes geführt wurde. Die kaiserliche Polizei hatte ihn durch beinahe zwanzig Jahre unbehelligt gelassen und so sehr befremdet, als er der Parole der „Invincibles“ nicht nur fern gestanden, sondern sie sogar in Gesprächen mit Berichterstatlern, des „Figaro“ u. B., wegen ihres Vernichtungskrieges unumwunden getadelt hatte und dafür noch kürzlich in dem Konvent der Dynamitarden als ein Verräther verurtheilt worden war.

Nach einer aus Shanghai eingetroffenen Depesche, ist der mit Beschlag belegte englische Dampfer gegen Bürgschaft eines englischen Handelshauses wieder freigegeben. Die Franzosen behielten vorläufig das Blei, welches einen Theil der Schiffsladung ausmachte.

Türkei.

Der Mahdi begnügt sich nicht mit der Herrschaft über den Sudan, sondern er sucht auch in der asiatischen Türkei festen Fuß zu fassen. In mehreren Städten Arabiens sind von ihm erlassene Proklamationen vorgefunden worden. In denselben erklärt der Mahdi, daß die Zeit für die Wiederherstellung eines arabischen Königreiches erschienen sei, daß die Türken nicht besser als Ungläubige seien und aus Arabien vertrieben werden müßten; daß seine Mission des Erfolges sicher sei, und daß die Araber vorbereitet sein müßten, in seiner Sache zu kämpfen, wenn er das Signal dazu gebe. Er fügt hinzu, daß die Zeit für ein solches Signal noch nicht gekommen sei, aber mittlerweile müßten die Vorbereitungen rüstig betrieben werden. Die Gouverneure von Hedjaz und Yemen haben in Folge der gewaltigen Fährung, welche diese Proklamationen unter der Bevölkerung von Türken-Arabien erzeugt haben, die Polizei dringend um Truppenverpflichtungen ersucht.

Ägypten.

Daß die Engländer hauptsächlich mit goldenen Soldaten operieren, ist allbekannt. Auch in Ägypten haben sie es daran nicht fehlen lassen; es ist ihnen aber nicht gelungen, mit dieser Macht den Sudan zu erobern. Daß aber bereits kolossale Summen verausgabt wurden, erstieht man schon daran, daß die einheimischen Stämme nördlich von Bahd-Halfa, dafür, daß sie sich „brav“ verhalten, monatlich 250 000 Pfund beziehen. Solche Ausgaben sind nicht verzeigelt, die Stämme können nur durch Geld dazu bezogen werden, daß sie die Engländer ungestört ziehen lassen. Rechnet man dazu die geradezu fabelhaften Ausgaben für Kamelle, Proviant-Führer und sonstige Bedürfnisse, so kann man sich ein ungefähres Bild von den Summen entwerfen, die dieser Feldzug verschlingt. — Inzwischen treffen immer neue Nachrichten ein, die von einer kritischen Lage der englischen Armees Zeugnis ablegen. Herr Wolsey konzentriert sich noch immer rückwärts und vorläufig ist das Ende des Krieges noch garricht abzusehen.

Parlamentarisches.

Die Petitionskommission des Reichstages beendigte die am 20. Januar begonnenen Beratungen der zahlreichen Petitionen, welche eine Verlängerung oder Aufhebung der im § 82 b des Invalidengesetzes vom 27. Juni 1871 respektive § 13 des Gesetzes vom 4. April 1874 festgesetzten Präklusivfrist verlangen oder die Umwandlung des durch den Allerhöchsten Erlass vom 22. Juli 1884 eröffneten Gnadenweges in eine Invalidengesetz-Novelle erstreben. Die Kommission beschloß einstimmig, die Petition vor das Plenum zu bringen, mit dem Antrage auf motivirte Tagesordnung. Die Kommission fand die Motivirung im Wesentlichen darin, daß die auf den Gnadenweg für die nachträgliche Erwerbung von Invalidenbenefizien wegen einer im Kriege 1870/71 erlittenen inneren Beschädigung Angewiesenen nach dem durch die Militärbehörden eingeschlagenen wohlwollenden, auf Billigkeit und nicht auf strengem Recht beruhenden Verfahren viel zahlreicher zu einer Gewährung ihrer Ansprüche gelangen, als wenn diese Ansprüche nur nach einem mehr zu erdringenden Nachweis des reinen Rechtsanspruches gesetzlich beurtheilt würden. Der schriftliche Bericht wird durch den Abg. Heine erstattet.

Die Subkommission der Unfallkommission hat die Berathung der Vorschläge wegen Ausdehnung der Krankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter abgeschlossen, die nunmehr der Kommission selbst zur Berathung vorgelegt werden. Nach Erledigung der Spezialberathung wurde auf Antrag des Abgeordneten v. Franckenstein ein Besatz beschlossen, wonach die

Killmore und noch einige andere Herren angekommen seien, und Herrn von Wredow um die Erlaubniß bitten. . . . „Lord Killmore? Daß ihn eintreten. . . . Ich bitte, Mylord.“

Er öffnete selbst die Thür und drückte dem Lord herzlich die Hand.

Er war so bewegt, daß seine Stimme bebte, und er ihm den Dank, den er auf der Junge hatte, nicht sogleich auszusprechen vermochte. Hinter dem Lord erschienen noch drei Personen, welche ihrem Aeußern nach nicht in das aristokratische Haus des Herrn von Wredow zu gehören schienen.

Man sah es ihren Gesichtern und Manieren an, daß sie in diesen Regionen sonst fremd waren. Der Lord machte denen, die ihm folgten Platz.

Voraus trat eine gigantische Figur, ein Mann von fast sieben Fuß Höhe, der entsprechenden Breite seiner Schultern und einem Umfang seiner Taille, der ihn wie ein wahrer Koloß erscheinen ließ. Den ansehnlichen Schmerzbauh stellte der, vielleicht vor fünfzigjährigen Jahren modern gewesene, sehr weit ausgeschnittene Frack in das allerertheilhafteste Licht. Im unbeholfenen Gange, der sich denken läßt, schritt er auf Herrn von Wredow zu, der überrascht in der Mitte des Zimmers stand und immer noch Killmore's Hand hielt.

Dem Koloß folgten zwei andere Personen, deren eine in der Kleidung den Zeitverhältnissen ein wenig mehr Rechnung trug, insofern als diese Kleidung modern und gewiffermaßen elegant genannt werden konnte.

Es war eine kleine, sehr runde Figur mit einem rothen Vollmondgesicht und einem bis an den Nacken fallenden Schadel. Ein Brodstück seiner Toilette war jedenfalls die dicke, goldene Kette, die ihm aus der Tasche heraushing, und an deren Ende ein Peischaf angebracht war.

Ganz im Gegensatz zu diesen beiden Figuren stand die dritte, eine spindeldünne Gestalt, in schwarzem, außerordentlich fadenförmigem Anzuge. Die etwas zu kurzen Beinkleider waren, was für seine ätherische Figur noch nachtheiliger war, zugleich ein wenig zu enge. Der Frack war möglicher Weise noch einige Dezennien älter als der des voranschreitenden Giganten und um vieles fadenförmiger. Dagegen bedeckte seinen Kopf langes bis an den Nacken herabreichendes, schon etwas grau melirtes

Einführung der Krankenversicherung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter der Landesgesetzgebung vorbehalten bleiben soll.

Lokales.

g. Ein Bild entsetzlichen Elends, das allen Aufmerksamkeit zu erregen dienend sollte, zog gestern Mittag in der Zimmerstraße die Aufmerksamkeit der Passanten in hohem Grade auf sich. Vor dem Hause 52, in welchem sich eine Destillation befindet, lagerte eine größere Anzahl jener galizischen Landarbeiter, wie wir sie auf ihrer weiten Reise über den Ocean sehr häufig in Berlin durchziehen sehen. Dieselben waren den Verlockungen gewissenloser Auswanderungsagenten gefolgt und hatten Weid und Rind verlassen, um „drüben“ ihr Glück zu versuchen. Ihr Empfang war aber ein unerwarteter. Mittellos, wurden sie nicht auf amerikanischem Boden gebudelt, weil Arbeit nicht vorhanden ist und so erfolgte die Rückweisung nach Deutschland. Von Hamburg wurden sie nach Berlin spedirt, um das Geld auf der österreichisch-ungarischen Botschaft zur Weiterreise in die Heimat zu erlangen. Dort wurde ihnen bedeutet, sie müßten sich an den österreichisch-ungarischen Hilfsverein „Konprinz Radolf“ wenden, dem die Unterstützung derartiger Reisender zusteht. Sie begaben sich gegen Mittag dorthin, erfuhren hier aber, daß man sie erst nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr abholen könne, weil dann die Sprechstunden seien. (!) Das Bureau befindet sich Zimmerstraße 88. Um nun nicht diese kurz bemessene Zeit zu verpassen, nahmen sie in der Nähe Stellung. Die armen Leute sahen sehr niedergeschlagen aus und schienen sich mit großer Resignation in ihr Schicksal zu finden. Hoffentlich ist es ihnen gelungen, die nöthige Unterstützung zu finden. Sie haben sich geschworen, Jedem zur Ueberfahrt nach Amerika abzusaugen, der nicht mit ausreichenden Mitteln versehen ist.

b. Habelstint! war früher ein Ruf, den man ebenso oft in den Straßen Berlins hörte, wie heut die Klingeln der Bolle'schen Milchwagen. Aber der schmachtete Fisch erscheint heutzutage nur noch selten auf unseren Märkten. Die Fischer behaupten, er sterbe aus. Dr. Karl Bolle meint, der Fisch derselben lohne nur nicht mehr; am Tegeler See finde man nach Frühjahrskürmen immer noch todte Stinte am Ufer. In die Eisuhnen dränge sich der Stint manchmal in solcher Menge, daß man ihn mit Reifgabeln herausziehen könne. Für gewöhnlich lebt er in großen Tiefen, aber Ende Februar und Anfang März kommt er in Massen an die Oberfläche. Der Stint ist ein nicht zu verachtender Fisch, er gehört zur Familie der Lachs, also der Edelstint.

g. Von den Drillingen, mit denen die Familie des in der Büchingerstraße 25 wohnenden Droschkenkutschers Döring in der Nacht zum 11. d. M. beschenkt worden, ist das eine Kind am Freitag früh gestorben. Dasselbe wurde am Abend desselben Tages nach der Leichenhalle des zuständigen Kirchhofs gebracht und wird dort heute beerdigt. Die beiden anderen Knaben dagegen befinden sich außerordentlich wohl; es sind so reizende Kinder, daß man schon beim ersten Anblick für die „Wärmerlens“ die tiefste Zuneigung fassen muß. Das angenehme Vorwommniß war für die Döring'sche Familie wirklich ein Segen; namentlich das garte Geschick, ohne Rangunterschied weitest fürhlich in der Begleitung der Wöchnerin. Neben der eleganten Equipage der hohen Aristokratie fahren Droschken auf Droschken vor das Haus Büchingerstraße 25 vor, welcher Personen mit Badeten ansteigen, um in die Kellerwohnungen des glücklichen Droschkenkutschers zu verschwinden. Daneben kommen zahlreiche Pakete mit der Post und der Paketstation der Gesellschaft an. Selbst von außerhalb, aus Dresden, traf am gestern eine „Liebesendung“ ein.

a. Ein bedeutender Einbruchdiebstahl ist in der gestrigen Mittagsstunde in der Bartenre belegenen Wohnhaus des Handelsmannes B. in der Rittergasse verübt worden, während B. sich zum Mittagessen zu seiner in der Büchingerstraße wohnenden Tochter begeben hatte und derselbe sich befand. Außer Kleidungs- und Wäschestücken, Goldschmuck u. s. w. sind Werthpapiere im Gesamtbetrage von 3000 Mk. gestohlen worden. Die Wohnung selbst besteht aus Stube und Küche. Die Thür der Küche wurde vom Flur aus mittelst Nachschlüssels geöffnet, und von da drangen der Dieb resp. die Diebe in die Stube, deren Thür mittelst eines Stemmzeigers gewaltsam erbrochen wurde, welches von dem Diebe durch ein ausgedehntes Loch in der Thür bewerkstelligt worden ist. Sämmtliche Schränke und sonstige Gegenstände wurden gewaltsam geöffnet und die oben bezeichneten Gegenstände daraus gestohlen. Die gestohlenen Werthpapiere sind folgende: Eine englische 50 Pfund-Note der russischen Anleihe vom Jahre 1884 Nr. 107 900; 4 Prioritätsobligationen der Berlin - Potsdam - Magdeburger Eisenbahn, Ser. III, Nr. 38 092 und 38 885 a 100 Tblr., Nr. 13 236 über 200 Tblr., Ser. IV, Nr. 34 687 über 100 Tblr., ohne Talons und Kupons; eine 4prozentige Berliner Stadtoobligation von 1866 über

Haar, und seine kleinen Augen waren geschützt durch eine gewaltige, blau gefärbte Brille, die zu weiterem Schutze zu beiden Seiten, rechts und links, noch mit grünen Gläsern versehen war, ein Umstand, der ihm ein ganz besonderes gelehrtes Ansehen verlieh.

Strahlenau konnte ein Lächeln nicht unterdrücken, als die drei Herren eintraten, die Wredow's und seinen Sohnes höchste Bewunderung erregten. Was aber ihn auffiel, war, daß er jedem der drei Herren vertraulich zunickte, wie alten Bekannten, und dem voranschreitenden Koloß sogar im Vorbeigehen die Hand drückte.

„Herr von Wredow,“ nahm jetzt Lord Killmore das Wort, „ich nahm mir die Freiheit, Sie aufzusuchen, um Ihnen meine Gratulation abzustatten.“

„D, Dank, Dank! Mylord.“

„Gleichzeitig aber erlauben Sie mir, Herr von Wredow, Ihnen diese Herren, drei Ihrer Wähler vorzustellen, welche von den übrigen als Deputation abgeschickt sind, um Ihnen ebenfalls ihren Glückwunsch darzubringen, und die Versicherung ihrer Hochachtung Ihnen zu Füßen zu legen.“ „Deputation meiner Wähler?“ fragte Herr von Wredow halb verwirrt.

Es kam ihm das Alles so überraschend, daß es ihm schwer war zu glauben, dies Alles sei nicht Traum, sondern Wirklichkeit und Wahrheit.

„Ja, eine Deputation Ihrer Wähler?“ fuhr Killmore fort, „und zwar ist dieser Herr“ — er deutete auf den Giganten — „der Brauereibesitzer Lehmann von Falkenburg. Dieser Herr“ — nämlich der mit dem Vollmondsgesichte — „der Herr Gastwirth Fischer, und dieser Herr, der Herr Gerichtsschreiber Federlein.“

„D, meine Herren!“ rief Wredow, der die Eintretenden mit ganz anderen Augen ansah, „Sie überraschen Sie erfreuen mich so, daß ich nicht Worte finden kann, Ihnen zu danken. Ich habe in einen solchen Augenblick für unmöglich gehalten. Ich habe nicht geglaubt, daß ich jemals das Vertrauen der Wähler im Kreis Falkenburg in dem Maße genießen würde, daß Sie mir herzlich willkommen, meine Herren, nehmen Sie meinen Dank zuvor.“

Der eingefleischte Aristokrat, der Mann, der bis dahin die Standesvorurtheile verfochten hatte mit allen ihm zu

in der
84 ver
blüde.
Zweie
gewese
die bis
einem
halten,
grenze
senker
und d
selbst
Aus d
Tasch
aus
Dre-
einer
Er san
bestell
dem
Nicht
12. d.
mit fo
habe i
Kunw
Gebüb
Bormu
von 6
meister
welcher
Kommo
g-
gegen
vor ein
einem
liefern
behnwo
glaubte
legten
welcher
zulom
geschle
dann g
Land:
Wahl:
Gold r
treter
Goldf
Summe
Wan t
glaube
Kaufm
niedlich
Drude
hierher.
N.
ten des
Kranken
noch b
übergeg
bleit.
Ligei-Res
Die pol
Jonen,
N!
in der
hatte sic
straße u
Bauie b
zusamm
ein Kri
zulom
ursache.
g-
welcher
souci au
gesunder
Willeich
Gebote
mit den
spottet
und de
Wort,
und f
Killmar
Glad
volles
„I
eyrenw
mir dur
ich me
suchen,
„S
Schrib
und wi
von St
Als die
figert.“
„L
nicht, o
von S
daß Si
danken.“
Er
in font
welche
„L
es ist
Herr G
ihm zu
wollten
daten i
jagd in
Egdon,
zu spre
einzig
Gesähu
paar u
schon in

15. Jhr. Nr. 41 105; ein preuß. Staatsanleihenchein von 1852
Hilf. D. Nr. 1402 über 100 Tdr.; ein Hundertmarkschein, eine
beunseidene mit Beilen besetzte Börse, worin ein Bernburger
Zahler, ein bayer. Marienbaler, ein Frankfurter, ein Sieges-
und ein Ardnungsbaler sich befanden. Der resp. die Diebe
sind noch nicht ermittelt.

a. Ein anderer bedeutender Einbruchdiebstahl wurde
in dem Magazin des Kaufmanns Sch. in der Alten Jakobstr.
54 verübt. Dieses Magazin befindet sich parterre, im Quergebäude,
und enthält zwei Eingänge, welche schmiedeeiserne
Thüren haben. Durch eine dieser Thüren, welche verschlossen
gemessen waren, drangen in der Nacht vom 14. zum 15. d. M.
die bisher noch nicht ermittelten Diebe, nachdem sie diese mit
einem Nachschlüssel oder sonstigen Diebeswerkzeuge geöffnet
hatten, in das Magazin und drangen von da in den an-
grenzenden Komptoirraum, indem sie in der mit einem Glas-
fenster versehenen Verbindungstür die Glasscheibe einschlugen
und durch die Fensteröffnung in das Komptoir einstritten. Da-
selbst öffneten sie mit Gewalt ein Wandspind und ein Kust.
Aus dem Wandspind stahlen sie eine rotbe juchtslederne Geld-
tasche mit 2400 Mark in 100-, 50- und 5-Markscheinen und
aus dem Kust nahmen sie 20 Mk. in Silber, eine Anzahl
Drei-Pfennig-Postmarken und ein Aerometerbesteck.

g. Ein hiesiger Schlächtermeister war zur Zahlung
einer Alimentation von 45 M. pro Quartal verurtheilt worden.
Er sandte den Betrag per Postanweisung an den als Vormund
bestellten Herrn D. in der Bionischstraße ab, unterließ aber,
dem Betrage das Bestellgeld von 5 Pfennigen beizufügen.
Nicht wenig erschrockt war nun der Abnehmer, als ihm am
12. d. Mts. durch den Gerichtsvollzieher Sch. eine Rechnung
mit folgender Aufstellung überreicht wird: „In Sachen zc.
habe ich heute 1. M. 0.05 Restbetrag der Alimente, 2. M. 1.20
Anwaltgebühren, 3. M. 0.25 Porto und Bestellgeld, 4. M. 1.80
Gebühren § 11 C. D., in Summa M. 2.50 erhalten.“ Der
Vormund hatte einfach die Einbringung der „Restforderung“
von 5 Pfennigen, ohne von seinem Begonnen den Schlächter-
meister in Kenntnis zu setzen, einem Rechtsanwalt übergeben,
welcher auf die beschriebene Art das Weitere veranlasste. Jeder
Kommtant zu diesem Verhalten erscheint überflüssig.

g. Eine aufregende Szene spielte sich vorgestern Abend
gegen 10 Uhr vor der Reichsbank in der Jägerstraße ab. Drei
vor einen großen Frachtwagen gespannte Pferde, welche vor
einem Hause der Kurstraße hielten, gingen plötzlich durch
die Thüre nach der Jägerstraße zu. Hier kam ihnen ein Ver-
kehrswagen der Linie Hofenplatz-Schloßplatz entgegen. Schon
gläubte man an einen gefährlichen Zusammenstoß. Doch im
letzten Augenblicke bog die Pferde seitwärts ab und suchten
zwischen den Pferdeeisbahnwagen und eine Droschke durch-
zukommen. Letztere wurde bestig auf das rechtsseitige Trottoir
geschleudert, ohne daß jedoch Menschen verunglückten. Als
dann gelang es, die scheuen Pferde zum Stehen zu bringen.

b. Große Goldsendungen gehen jetzt von hier nach Eng-
land. Dieser Tage sandte die hiesige Firma 3 1/2 Millionen
Mark vom Bahnhof Friedrichstraße nach England ab. Das
Gold war in 32 Kisten verpackt und wurde von einem Ver-
treter der Firma, sowie von zwei Kassenboten begleitet. Diese
Goldsendungen sind eine Folge der Verkäufe von gewaltigen
Summen der russisch-englischen Anleihe an der hiesigen Börse.
Man taxirt diese Verkäufe auf 300 Millionen. In England
gläubte man einige Tage lang ernstlich an einen Krieg mit
Ausland. Die Kurse fielen durch diese Massenvorkäufe ganz
erschütterlich. Die Berliner Börse widerstand am längsten diesem
Drucke und deshalb rief man von London die sog. Pfundrußen
hervor.

N. Einen graufigen Fund machten am Sonntag Passan-
ten des Friedrichshain in der Nähe des städtischen allgemeinen
Krankenhauses. Derselben bemerkten dort nämlich unter den
noch unbelaubten Sträuchern eine mittelgroße Pappschachtel,
die bei ihrer Öffnung die zum größten Theil in Verwesung
übergegangene Leiche eines Kindes männlichen Geschlechts ent-
hielt. Der unheimliche Fund wurde zunächst nach dem 50. Po-
lizei-Revier und von hier nach dem Obduktionshause geschafft.
Die polizeilichen Recherchen nach der Mutter resp. nach Ver-
tonen, welche die Leiche ausgelegt, sind eingeleitet.

N. Von einem jenen Tode wurde am gestrigen Tage ein
in der Meyerstraße wohnender Kaufmann B. ereilt. Derselbe
hatte sich bis zum Abend in dem W. schen Lokal in der Vini-
straße mit Kegelschieben beschäftigt und wollte sich gerade nach
Hause begeben, als er plötzlich auf dem Hausflur ohnmächtig
zusammenbrach, und bereits nach einigen Sekunden, ehe noch
ein Arzt herbeigeholt werden konnte, verstarb. Ein später hin-
zukommender Arzt konstatierte einen Schlaganfall als Todes-
ursache.

g. Die Identität der Leiche eines Selbstmörders,
welcher sich zur Beförderung ins Jenseits den Park von Sans-
souci ausgewählt hatte und am 21. v. Mts. dort erhängt auf-
gefunden worden ist, hat bisher nicht ermittelt werden können.
Wahrscheinlich gehört der Verstorbene nach Berlin. Er ist ca. 60

Jahre alt, von mittler Statur, hat weißes, nicht allzu langes
Haupthaar und struppigen Schnurrbart, ziemlich hohe Stirn,
blaue Augen, glatt rasirtes Kinn und dick aufgeworfene Unter-
lippe. Bekleidet war er mit einem dicken dunklen Winterüber-
zieher, Tuchweste, Tuchrock und dunkler Tuchhose, leinemem
Hemd mit Vorhemd, gezeichnet G. 2, grauwoollenen Unterhemd,
Bardend-Unterhose, Pulswärmern, grauwoollenen angestrichelten
Strümpfen und Schafstiefeln; ferner war er mit einem doppelten
Bruchbände versehen. Außerdem wurde bei der Leiche vor-
gefunden ein runder Filzhut, eine leere Schnapsflasche, ein
Portemonaie ohne Inhalt, ein Messer, eine Zigarrenspitze, eine
Brisse mit Futteral, ein ungezeichnetes Taschentuch, ein Stock,
ein mit Bleistift geschriebener, mit „Hermann B.“, darunter Sch.,
unterzeichneteter Kettel.

g. Jene entsetzliche That, welche sich am Sonnabend,
den 15. November v. J. in der Schulstraße abspielte und den
Tod des Arbeiters Steinmann zur Folge hatte, kommt am
21. d. M. zur Verhandlung vor dem Schwurgericht des Land-
gerichts I. Bekanntlich unterhielt der Bruder des St. mit der
Frau des Schlächters Rehner ein Verhältnis, wodurch zwischen
Steinmann und Rehner bittere Feindschaft entstand. Am
15. November nun wurde K. von dem verstorbenen Steinmann
und dessen Bruder in der Schulstraße überfallen, wobei K. zu
seiner Abwehr ein Messer zog und mit demselben um sich schlug.
Hierbei traf er den Bruder des Liebhabers seiner Frau so un-
glücklich mit dem Messer, daß dasselbe dem St. in die rechte
Brust, unterhalb des Schlüsselbeines, drang und die Lunge ver-
letzte, wodurch der Tod des Gestochenen nach kurzer Zeit ein-
trat. Angeklagt sind außer dem Schlächter Rehner die Ehefrau
und der Bruder des Ermordeten.

Gerichts-Zeitung.

p. Eine erstaunliche Gewandtheit im Stehlen bewies
die erst 10 Jahre alte Ida Winkelmann aus Rauen. Die
gestern vor der Strafkammer wegen Diebstahls dieserhalb ange-
klagte Mutter derselben, verheiratete Arbeiterin Friederike Win-
kelmann begünstigte das Treiben ihres Kindes. Die Angeklagte
hatte im Juni und Juli v. J. ihre Tochter mit Helbeibeeren
zum Verkauf in den Häusern ausgesandt und dabei waren
eine ganze Reihe von Gelegenheitsdiebstählen unter ihrer Pro-
tektion von dem 10jährigen Mädchen ausgeführt. In einem
Hause der Neuenstraße in Rauen wurde aus einem unver-
schlossenen Zimmer von sechs in einem Koffer aufbewahrten
ein einzelner Hundertmark-Schein entwendet, auf dieselbe
Weise besuchte die Kleine verschiedene Geschäftsbüros, woselbst
kleine Geldbeträge und Waaren in ihre Diebesfinger
gerieten. Von allen diesen Diebstählen wußte die
Angeklagte und sie schämte sich nicht die Früchte des
verbrecherischen Treibens ihres Kindes zu genießen,
denn die Kleine lieferte das gestohlene Gut pünktlich der An-
geklagten ab, bis auf einen Ring; diesen hatte sie gestohlen,
aber für sich behalten und hinterher ihn einer Schulgenossin
für ein paar Pfennige verkauft. Von dem letzteren Umstände
hatte nun zufällig der Polizeiwachmeister Blumenthal Kenntnis
erhalten und er nahm das Mädchen ins Gebet, wobei dasselbe
mit einer unbegreiflichen Unverschämtheit die erwähnten Dieb-
stahle ohne Weiteres eingestand. Im Audienztermine, wahr-
scheinlich von der Mutter hierzu veranlaßt, widerrief das als
Beugin vernommene Mädchen seine vorher gemachten Geständ-
nisse; keinem Zweifel unterlag jedoch auf Grund der belasten-
den Aussagen einmündiger Zeugen die Schuld der Mutter,
welche außerdem noch wegen Entwendung einiger Stücke Ta-
peterrester angeklagt war. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr
Gefängnis, Cyroclust und Polizeiaufsicht; der Gerichtshof
jedoch erkannte unter Bewilligung mildernder Umstände auf 6
Monate Gefängnis.

p. Unter Benützung des Verbrecheralbums war der
bereits vorbestrafte Maler Johann Wollert zu Berlin ermittelt
und wegen eines in Charlottenburg verübten Einbruchdieb-
stahls verurtheilt in Haft genommen worden. Dem Lehrer Rann,
Lehrst. 91 zu Charlottenburg, entnommen am 14. Januar
sogenannte „Plattiraber“ mittelst gewaltsamen Einbruchs
aus der Wäsche die ganze von seinem Dienstmädchen eben
eingewaschene Wäsche. Die Diebe hatten anscheinend von dem
angrenzenden Grundstück, Berlinerstr. 126, ihren Weg über
mehrere Bäume genommen, um nach der an der Hinterfront
des Grundstückes Leibnizstr. 91 gelegenen Wäsche gelangen
zu können. Die zu derselben führende Thür war mittelst
eines Stemmehens erbrochen worden, und demnach die noch
nahe Wäsche durch den Riß des Mannschens Hauses fort-
geschafft, wie die im Schnee hinterlassenen Spuren im Garten be-
weisen. Der mit den Recherchen in der Sache beauftragte Kriminal-
Beamte Krummer ermittelte ferner, daß vor dem gegenüber-
liegenden Hause von dem Schankwirth Mainelat zwei Männer
die Zeit des Diebstahls bemerkt wurden, deren scheues Be-
nehmen dem M. im hohen Grade verdächtig erschien. Einer
derselben, so deponirte Mainelat vor der Polizei, sei schließlich,

als er die Beiden scharf ins Auge gefaßt, in sein Kellerlokal
getreten und habe dort, jedenfalls in der Absicht ihn möglichst
lange von seinem Aufpasserposten fernzubalten, in auffallend
zeitraubender Weise Verschiedenes bestellt und verzehrt. Auf
Grund dieser Aussage forderte Herr Krummer den Mainelat
auf, ihm nach Berlin zu folgen und dort behufs weiterer Er-
mittlungen das Verbrecheralbum einzusehen. Nachdem dies
geschehen, bezeichnete Mainelat als seinen Gast an jenem
Abend den oben genannten p. Wollert, dessen Geschäfts-
zierde in Gestalt eines auffallend schönen Bartes
M. als Erkennungsmerkmal auf der vorgelegten Photo-
graphie Mainelats des Wollert bezeichnete. Bei der unmittel-
bar darauffolgenden Hausdurchsuchung bei Wollert wurde ferner
ein Ueberzieher vorgefunden, welcher von dem Zeugen bestimmt
als dem von seinem Gaste getragenen auf ein Haar gleichend
wiedererkannt wurde. Es erfolgte daraufhin die Verhaftung
des Wollert, der zwar seine Unschuld behauptete, sowie Er-
hebung der Anklage, da genügende Verdachts-Momente gegen
ihn vorlagen, daß bei dem qu. Einbruchdiebstahl „Schwüre
gestanden“ und einem Komplizen die Wegschaffung der ge-
stohlenen Wäsche möglich gemacht. Im Audienz-Termin vor
der Strafkammer des Landgerichts vermochte jedoch Mainelat
den aus der Haft vorgeführten Angeklagten nicht überzeugend
zu rekonstruieren. Während der Zeuge behauptete, daß die von
ihm bewirthete Persönlichkeit, ähnlich wie dieselbe im Verbrecher-
Album dargestellt, den Bart am Kinn ein wenig aufstrahelt
getragen, erbot er sich der Angeklagte zu dem Gegenbeweis,
daß seit drei Jahren kein Scheermesser ihn berührt habe.
Dies allein hätte aber wohl schwerlich genügt die Un-
schuldbehauptungen des Angeklagten zu beweisen; indessen half
über alle diese offenbaren Widersprüche schließlich der von dem
Verteidiger, Rechtsanwalt Sello, geführte Alibibeweis hin-
weg, monach der Angeklagte um die Zeit des Diebstahls über-
haupt nicht in Charlottenburg, sondern in seiner Behausung
in Berlin sich aufgehalten hatte. — Auf Grund dieser Wen-
dung der Dinge beantragte der Staatsanwalt die Frei-
sprechung des Angeklagten; das Urtheil des Gerichtshofes
lautete demgemäß.

Der ausgewiesene Maurer Herr Robert Conrad aus
Halle a. S. war gestern nach erlangter Erlaubnis des Polizei-
Präsidiums vor der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I.
erschienen, um sich auf eine Anklage wegen öffentlicher Auf-
forderung zum Ungehorsam gegen von der Obrigkeit innerhalb
ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen, sowie wegen
öffentlich aufgestellter Behauptungen, wissend, daß sie entfällt
sind, um dadurch Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu
machen, wegen Vergehen gegen die §§ 110 und 130 St. G. B.,
zu verantworten. Der Angeklagte hatte in einer im „Deutschen
Kaiser“ am 17. September cr. abgehaltenen Versammlung der
Mitglieder der Maurerkantons eine Rede über den
Ausgang eines von den Maurern Brandt und Blemert
gegen den Vorstand der alten Ortsklasse der Maurer
angestregten Prozesses erlassen und soll nach dem
von dem überwachenden Polizeileutnant erstatteten
Bericht hierbei geäußert haben: „Das sei eine abgekartete
Sache, der Vertreter der Kläger Rechtsanwalt Sachs sei nicht
einmal zu Worte gekommen. Solche Gesetze seien gar keine
Gesetze.“ Der Angeklagte stellt entschieden in Abrede, die ihm
imputierten Äußerungen gethan zu haben; er habe vielmehr
herausgehoben, daß trotz wiederholter überzeugender Ausfüh-
rungen des Rechtsanwalts Sachs die Klage abgewiesen worden
sei. Er vertiefte sich zum Beweise dafür auf das Zeugnis von
sechs geladenen Besuchern der Versammlung, von denen vier
bereits in einer Entlastungsschrift laudirt waren. Da von der
Abdang dieser Zeugen, deren Wohnungen dem Vertbeidiger erst
in den letzten Tagen bekannt wurden, der Staatsanwalt keine
Mittheilung zugegangen war, beschloß der Gerichtshof, die Sache
zu verlagern und dem Angeklagten die Kosten dieses vertheilten
Termines aufzuerlegen.

Wie Majestätsbeleidigungs-Prozesse in Szene gesetzt
werden, lehrt eine gestern vor der vierten Strafkammer hie-
sigen Landgerichts I. stattgehabte Verhandlung einer Anklage
gegen den Rentier Wilhelm Müller wegen Beleidigung des
Kaisers. Der Hauptzeuge Uhrmacher Weigner machte, nachdem
er vorher eine eidesstattliche Versicherung dem Vertbeidiger des
Angeklagten, Rechtsanwalt Bronker, übergeben hatte, etwa
folgende überraschende Deposition: Seit dem Frühjahr v. J.
war ich mit dem Angeklagten und dem Kaufmann Herfurth be-
hufs Ausstellung des Globus im Rothen Schloß assoziiert.
Herfurth und Müller gerieten häufig in Differenzen, und theilte
mir im Sommer der erstere mit, daß der Angeklagte in früherer
Zeit einmal in seinem Geschäftslokal eine den Kaiser beleid-
gende Äußerung gethan habe. Da er sich derselben aber ihrem
Wortlaut nach nicht mehr erinnern könne, so wäre es am Plage,
dem Müller die Ungehörigkeit zum Bewußtsein zu bringen. Wenn
er mich durch ein Zeichen avertiren würde, sollte ich erzählen,
daß Müller beim Passiren des kaiserlichen Palais eine schwere
Majestätsbeleidigung ausgestoßen habe. In Folge dessen that

Herr Strahlenau vorschlägt, und das waren Sie, Herr
v. Wredow.

So unbeholfen und unpassend diese Wendung auch
gewesen sein mochte, sie verfehlte nicht, eine Wirkung
hervorzubringen, und veranlaßte Herrn von Wredow,
Strahlenau gerührt die Hand zu schütteln.

„Ich sehe“, sagte er zu diesem, „daß Sie sich nach
Kräften für meine Wahl bemüht haben und wünsche nur,
daß ich den Dienst vergelten könnte.“

„Die Sache war bei meinen Freunden Lehmann und
Fischer nicht so schwierig“, antwortete Strahlenau in munterer
Laune; „aber dieser hier, der Herr Gerichtsschreiber, der
hätte uns im letzten Momente beinahe noch Alles ver-
dorben. Er wollte durchaus nicht zu unserer Fahne
schweben.“

„D nein“, verteidigte sich der Gerichtsschreiber, „so-
halb Herr von Steinberg die Ansprache gehalten und ge-
sagt hatte, daß wir den Herrn Baron wählen sollten, er
würde das als ein Vertrauensvotum für sich hinnehmen, da
waren wir Alle auf Ihrer Seite.“

„Ja, wir waren Alle auf Ihrer Seite“, bestätigte der
Braucher. „Und nun meine Herren“, — er wandte sich mit
diesen Worten an seine beiden Kollegen von der Deputa-
tion — „lassen Sie uns im Namen der übrigen Wähler
ein Hoch ausbringen:“

„Herr Baron von Wredow, Abgeordneter des Kreises
Fallenburg, lebe hoch!“

Die beiden von Wein und Bier präparirten Rehlen
des Brauers und des Gastwirthes thaten ihr Möglichstes,
dieses Hoch zu einem recht sonoren zu machen, und die dünne
Stimme des Schreibers lieferte einen effektvollen Diskant
dazu.

Nachdem diese Ovation beendet war, lud Herr von
Wredow seine Gäste in das anstößende Zimmer und bat
sie, mit ihm ein Mahl einzunehmen.

Der Aristokrat war von seinen Vorurtheilen schnell
zurückgekommen. Wer hätte es noch vor wenigen Tagen
für möglich gehalten, daß er mit einem Brauer, einem
Gastwirth und einem Gerichtsschreiber zu Tische sitzen
würde.

Nur Eins lag ihm schwer auf dem Herzen. Mehr-
mals hatte er vor sich hingemurmelt:

„Er hat mich doch besetzt . . . Er wird mir nie ver-
zeihen.“

Diese Worte sprach er auch vor sich hin, als er sich
eben mit seinen Gästen in das Nebenzimmer begeben wollte.
Da legte Lord Killmare die Hand auf seine Schulter.

„Herr Baron“, sagte er, „es ist noch ein Herr da, der
Ihnen seine Gratulation zu bringen wünscht. Wollen Sie
ihn sprechen?“

„Jeden, jeden meiner Freunde, Mylord“, antwortete
er rasch. „Wie können Sie fragen? Lassen Sie Alle
herein, die mir das Glück dieses Tages verschaffen helfen;
Sie sind mir werthe Gäste. Einer wäre mir der wertheste,
aber der wird nicht kommen.“

Auf einen Wink Killmare's entfernte sich Oswald und
kehrte nach wenigen Augenblicken zurück mit — Herrn von
Steinberg.

Jetzt wollten die im Rausche des Glücks so lange ge-
hemmten Gefühle im Herzen des Baron von Wredow über.
Er sah den alten, langjährigen Freund nach jahrelanger
Trennung zum ersten Male wieder, und der Bekränkte, der
Beleidigte, er, der glühende Kohlen auf sein Haupt gesamt,
melt, er kam zu ihm, er suchte ihn auf, um ihm Verfüh-
nung zu bringen.

Das war zu viel! Dem alten Herrn standen die Thrä-
nen in den Augen und rollten ihm in den grauen Bart
hinab. Er fuhr einmal mit der Hand durch die weißen
Haare, wie in Verzweiflung, als ob er sagen sollte: Wie
machst Du Dich dieses Augenblicks würdig?

Steinberg streckte ihm die Hand entgegen. „Meinen
Glückwunsch, Wredow!“

Das war Alles, was er sagte.

Wredow aber nahm diese Hand nicht. Er schloß den
Freund in seine Arme, legte sein schneeweißes Haupt auf
die Schulter des alten Freundes und schluchzte und weinte
vor Freuden. Auch Steinberg's Augen waren naß.

Zwei alte Freunde, die ein unglückseliges Mißver-
ständniß getrennt, sie hatten sich wiedergefunden.

„Steinberg“, sagte Herr v. Wredow, „als er endlich
seine Bewegung niedergelassen hatte, um Worte zu finden,
„Du launst mir verzeihen?“

„Laß uns wieder die Alten sein“, erwiderte Stein-
berg, „und laß alles Geschehene vergessen sein. — Alles,
hörst Du?“ (Fortf. folgt.)

ich dies auch im September v. J., als mich Herfurth am Rede
juppte und machte Herrn Otsch eine diesbezügliche Mittheilung.
Im November pr. theilte mir Herfurth mit, daß Müller ihn
und mich wegen Betruges denunziert und auch beschuldigt
hätte, unsere Verhaftung zu bewirken. Darob war ich natür-
lich sehr ungehalten, vermochte mich aber doch nicht zu ent-
schließen, wie es Herfurth wollte, eine Denunziation gegen
Müller abzulassen. Dagegen ließ ich mich im Bureau des
Rechtsanwalts Dr. Seidler, der uns in den verschiedenen Pro-
zessen vertritt, vertreten, auf Verlangen des Herfurth
dem Bureauvorfeser Gehrmann die Geschichte von
der Majestätsbeleidigung zu erzählen. Gehrmann ver-
langte nun von mir, ich solle die Sache
zur Anzeige bringen und versagte, als ich mich dessen weigerte,
die bezügliche Denunziation und jandte sie selbst ab. Als ich
vor dem Untersuchungsrichter vernommen werden sollte, hielt
mir Herfurth vor, daß ich nunmehr die in der Denunziation
enthaltenen Angaben auch bestätigen mußte, weil ich mich sonst
einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hätte. Da mir
ein Eid nicht abgefordert worden ist — denn beschworen hätte
ich die falschen Angaben sicher nicht —, so bestätigte ich
die unwahre Behauptung. Später aber empfand ich bittere
Reue über mein Thun, namentlich, da Herfurth mich verleum-
dete und zu schädigen suchte, und versagte nach einer schlaflos
durchbrachten Nacht die dem Vertheidiger überreichte eidesstatt-
liche Versicherung. Der Zeuge behauptete, daß dies die reine
Wahrheit sei und beschwor seine Aussage. — Der Zeuge Herfurth
erklärte die sämtlichen Angaben des Zeigners, soweit er dabei
betheiligt ist, für unwahr. Müller habe in seinem Vaden nie-
mals eine den Kaiser beleidigende Aeußerung gethan, dagegen
habe Zeigner ihm die Geschichte beim Passiren des kaiserlichen
Palais von Müller erzählt. Auch dieser Zeuge beidete trotz
der ernstesten Vorstellungen des Präsidenten diese seine, der
Befundung des Zeigners diametral gegenüber stehende Aussage,
so daß also einer dieser beiden Zeugen einen Meineid geleistet
haben muß. Selbstverständlich erfolgte bei dieser Sachlage
die vom Staatsanwalt beantragte Freisprechung des Ange-
klagten.

Hamburg. Der Realgymnasiallehrer Dr. Töppen hier-
selbst, der wegen Majestätsbeleidigung, die er in Korrespon-
denzen für eine südamerikanische Zeitung begangen haben
sollte, in Hamburger Blättern denunziert war, ist von der
Strafkammer gestern zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt
worden.

Soziales und Arbeiterbewegung.

In Göttingen soll in Zukunft den armen Schul-
kinder n, welche nur ein ungenügendes oder gar kein Früh-
stück von Haus mitbringen, durch den Schulwärter in den
Schulen jeden Morgen eine Portion warme Milch und ein
Bröckchen gratis verabfolgt werden. Man ist also nicht nur in
England soweit gekommen, daß die Kinder wegen der Armut
der Eltern hungria zur Schule gehen. Dabei lehren manche
Leute auch noch das ehrene Lohngesetz! Nach diesem
verleihen die Arbeiter so viel, um sich und ihre Kinder auf
das Nothdürftigste zu ernähren; nach obigen Erfahrungen
langt aber der Lohn nicht einmal hierzu; die Kinder müssen
aus Almosen gespickt werden.

Armut und Krankheit. Die meisten Krankheiten wer-
den bekanntlich in sozialen Missständen, in schleimigen Wohn-
ungs- und Ernährungsverhältnissen, in Ueberarbeit und ähn-
lichem. Auch die Blindheit wird, wie dies der eben er-
schienene Jahresbericht der Heilanstalt für arme Augenkranken
der Provinz Brandenburg bestätigt, wesentlich durch Armut
und ungünstige Arbeitsverhältnisse bedingt. Es heißt in dem
Berichte u. A.: „Zunehmend wieder ist die Wahrnehmung zu
machen, daß sich eine bestimmte Gleichartigkeit der Augenkrank-
heiten beobachten läßt. Von diesen Erkrankungen treten zwei
Gruppen mit einem stetig hohen Prozentfuß hervor, dies sind
die Hornhautentzündungen und die Staarleiden. Die Horn-
hautleiden lassen sich bezüglich ihrer Häufig-
keit doppelt begründen. Einmal durch die Be-
schwerarbeiten der Arbeiter, die dem Auge resp. der
vorderst gelagerten Hornhaut so vielfach schädliche Einflüsse
darbieten, als da sind: atmosphärische Schädlichkeiten, mecha-
nische Reize durch Rauch, Dampf, Staub, direkte Be-
legungen u. s. w. dies ist zumest bei den Erwach-
senen der Fall. Bei den Kindern der Armen dagegen
erklärt sich die Massenerkrankung der Hornhaut lediglich aus
ungünstigen Gesundheitsbedingungen, als da
sind: dumpfe Wohnungen, spärliche oder unregelmäßige (fast
ausschließlich Stärkemehl) Nahrung, gesundheitswidrige Be-
schäftigung, mangelnde Hautpflege u. dergleichen. Diese un-
günstigen Bedingungen berartigen Leiden lassen oder annähernd die
Schwierigkeit dauernder Heilung erkennen. So entfallen denn
auch die meisten der umgebeilt zur Entlassung gekommenen und
rückfälligen Leiden gerade auf diese Gruppe. Der Kurerfolg
erweist sich zunächst nicht immer von Dauer, je nachdem die
schädlichen Einflüsse der Heimath wieder erneut auf das Auge
einwirken. Es ist aber gerade dieses Leiden durch seinen End-
ausgang von hoher sozialer Bedeutung. Gewiß fallen ihm
wohl zehn Prozent sämtlicher Erblindungen anheim.“ — Die
Erblindungen durch Hornhautleiden sind also meistens Folgen
ungesunder Arbeit und Wohnungen. Werden sie kurirt, so
lehren sie doch häufig wieder, wenn der Patient in die alten
Verhältnisse zurück versetzt wird. Ein Rehtel sämtlicher Er-
blindungsfälle entsteht allein auf diese Weise. Der Arzt kann
da gar nichts helfen; Besserung kann nur eine günstigere Ge-
haltung der sozialen Zustände, also eine vernünftige Sozial-
politik, nicht die Dankschreiben unserer Ärzte, bewirken.

Verpflegungsforderungen. Die „Magd. Zig.“ bemerkt
heute mit Recht, über die theils läppischen, theils brutalen Ver-
suche, alle armen Kellern auf den Verpflegungsforderungen
arbeiten zu lassen, ehe sie etwas bekommen: „Aber, wie will
man auf den Dörfern Arbeit finden, während hundert fleißige
Hände im Dorfe gezwungen ruhen? Wollen wir Holz spalten,
wo kein solches Holz gekauft und gebracht wird? Wollen
wir eine Scharnhölle einrichten und dem Müller im Dorfe
sein Brod nehmen oder doch verfallen? Wollen wir Steine
hopsen lassen von Böckern, Schreibern und dergleichen, die da-
durch ihre Finger und Hände für die Arbeit des Handwerks
schädigen, abgeben von Vobelschwindschinn, die Arbeit
sollte nur „verborgen“ sein und nicht am Wege geschehen?
Endlich aber die Frage: Hat die 1/2 Stunde oder Stunde
Arbeit in der Station wirklich Werth? Materiell gewiß nicht,
da die Leute ausgezehrt und vom Marsch bereits ermattet
sind.“ — Sehr richtig, aber wenn die Magdeburgerin dann
sagt: „So ist ihre Vorklage noch brutaler, wie die eben von
ihre trübsen.“

Gefängnisarbeit. Aus der Geschäftsartikl. 11. März.
Entgegen der Ministerial-Verfügung, nach welcher in den Ge-
fängnissen Handwerkerarbeiten nur für Personen, welche mehr
als zehn Kilometer vom Gefängnis entfernt wohnen, aus-
geführt werden sollen, ist es in den überfüllten Strafanstalten
der Mark der gewöhnliche Brauch, daß für Unternehmer ge-
arbeitet wird, welche die in den Gefängnissen erzeugten Waaren
verkaufen, wo und wie sie nur können. Gegen deren Kon-
kurrenz können ehrliche Gewerbetreibende, Handwerker, Näherin-
nen u. s. w. nicht mehr aufkommen. Natürlich verläßt die
Verwaltung von Strafanstalten über billige Arbeitskräfte, für
deren Kost, Wohnung und Handwerkszeug der Staat auf-
kommt. Es ist erstaunlich, zu welchen maßlos billigen Preisen
z. B. für Kleiderbozage und Weißwaaren-Magazine die Näh-
und Schneiderarbeiten ausgeführt werden. Strafungsarbeit —
Handwerkverderb, das ist die allgemeine Regel hier. Gewiß
ist die Absicht, den Strafängern nützliche Arbeit

weisen, gut, allein man darf nicht vergessen, daß ein Ge-
fängniß in erster Linie eine Strafanstalt ist und
daß auf die eigentlichen Gewerbetreibenden mehr Rücksicht zu
nehmen ist, als auf Sträflinge, daß die Erwerbsverhältnisse
ganzer Berufsgruppen nicht durch die Gefängnisindustrie ge-
schädigt werden dürfen. Letzteres liegt aber an vielen Orten
vor. So hat man sich jetzt zu Bochum veranlaßt gesehen, an
den dortigen Magistrat eine motivierte Petition einzureichen,
dahingehend, er wolle bei der staatlichen Behörde erwirken, daß
den Schädigungen des Handwerkerstandes durch die Strafungs-
konkurrenz ein Riegel vorgeschoben werde. — Wir halten alle
Eingelieferungen, welche dem guten Willen der Behörde über-
lassen bleiben, für völlig unzulänglich. Die Gefängnisarbeit
bedarf einer gründlichen organischen Regelung durch die Gesetz-
gebung, wie sie der Arbeiterschup-Gesetzentwurf der Sozialisten
im Reichstag verlarzt. Hoffentlich dringen deren Forderungen
recht bald durch.

Zur Krankenversicherung. Auch der Magistrat zu Görlitz
macht jetzt auf die ungesegnete Handlungsweise der „Arbeits-
geber“ aufmerksam, welche das Arbeitsverhältnis den Arbeit-
nehmern gegenüber davon abhängig machen, daß letztere auch
die Arbeitgeber-Beiträge aus ihren Mitteln bezahlen. Es
ist nicht anzunehmen, daß die gerügten Unternehmungen
des Gesetzes allein in Görlitz vorgekommen sind. Bei dem
starken Angebote von Arbeitern werden die Arbeitgeber trotz
des Gesetzes leicht in der Lage sein, die Verpflichtung zur
Zahlung des Drittels thätiglich auf die Arbeiter abzuwälzen
und wenn es in Gestalt einer Lohnreduktion ist.

Berlin. Der Beitrag der Ortskranken-
kassen für die Gesundheitspflege ihrer Mitglieder ist nach
dem Vorschlage des Komitees des Gewerbe-Krankenkassen-Ver-
eins nicht, wie angenommen worden ist, auf 110 Pfennige,
sondern auf 80 Pfennige pro Kopf und Jahr festgesetzt und
zur Kasse des Gewerbe-Krankenkassen-Vereins eingezogen wer-
den. Dieser Verein umfaßt jetzt 68 Krankenkassen mit 175 600
Mitgliedern, welcher an die bezahlenden 71 Vereinsärzte, wovon
12 auf die Vororte kommen, 105 000 Mk. Gehalt zahlt. Diese
68 Kassen bejahen bereits am 13. März cr. zusammen in der
städtischen Sparkasse an disponiblen Geldern 519 371 Mark 31
Pfg. und beim Magistrats-Depositorium an sofort realisierbaren
Papieren 486 206 Mk. 60 Pfg.

Alpine (Oberälpe), 13. März. Gestern früh ist auf
beiden hiesigen Zinkhütten der schlesischen Aktien-Gesellschaft
von den Arbeitern die Arbeit eingestellt worden. Seit
heute Vormittag hat sich der Streik auch auf das Zinkwalz-
werk erstreckt. Einige Arbeiter haben auf Silefahütte II. auf
Zurechen die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeiter haben
an den gestrigen hier anwesenden Landrath von Witten eine
Beschwerdeschrift eingebracht, deren hauptsächlichster Inhalt die
Unzufriedenheit der Arbeiter mit der neuerdings durchgeführten
Pension- und Unfallversicherung betont. Wie die „Schlef.
Zig.“ weiter erzählt, ist zu der heute stattfindenden Lohnung
Gendarmen und Polizei voraus zu werden. Eine Kompanie
des in Preußen O.S. garnisierenden 2. Bataillons 1. Bolen-
schen Infanterie-Regiments Nr. 18 war bereit, auf telephonischen
Ruf per Extrazug nach Alpine befördert zu werden. Bis in
die dritte Nachmittagsstunde des heutigen Tages ist jedoch die
Ruhe nicht gestört worden; sie scheint auch weiter erhalten
worden zu sein, da später Nachrichten über Unruhen nicht
eingegangen sind. Es kriecht jetzt an allen Ecken und
Enden!

Leipzig, 13. März. Zur Lohnbewegung. Im
Königreich Sachsen beginnen nun auch die Bäcker-Gesellen
an der Aufbesserung ihrer sozialen Lage zu arbeiten. Das
jetzige System, wonach ein Gehilte 16—18 Stunden arbeiten
muß, ist nur deshalb möglich, weil in den kleineren Städten
die Bäcker-Gesellen förmlich „gezüchtet“ werden. Ein Meister
arbeitet mit 3—4 Lehrlingen, ohne einen Gehilten. Was der
Lehrling lernt, ist Nebenache, hat er ausgerechnet, so muß er
auf die Wanderjahre und ist schließlich froh, wenn er überhaupt
eine Stellung findet. Thatsache ist, daß von den Bäcker-Gesellen
nur 3 pSt militärfähig sind. Vorigen hielten hier die
Bäcker-Gesellen eine Versammlung ab, welche etwa von 500 Be-
theiligten besucht war. Man beschloß, den Meistern einen
Normalarbeitszeit vorzuschlagen, in der Dauer von
Wochentags 12 Uhr Nachts bis 12 Uhr Mittags und Son-
ntags bis 8 Uhr, Feiertags bis 6 Uhr früh. Uebertreten sind
diese Forderungen jedenfalls nicht.

Madrid, 12. März. Arbeiterinnenrevolte. Die
bei der königl. Tabak- und Zigarren-Manufaktur beschäftigten
2000 weiblichen Arbeiter begannen gestern Morgen die Men-
schlichen u. s. w. der Fabrik zu zerstören, weil die Manufaktur
durch Maschinen weiter betrieben werden sollte. Es wurden
vom Gouverneur Truppen entsandt, um die aufständigen
Weiber zur Ruhe zu bringen. Dieselben hielten eine Belagerung
von 11 Stunden in dem verbarrikadeten Gebäude aus. Nach
einer Unterhandlung, die zu einem befriedigenden Resultat
führte, wurden die Arbeiterinnen einzeln entlassen. Der ange-
richtete Schaden beläuft sich auf gegen 5000 Pesetas.

Zur Arbeiterfrage in den Vereinigten Staaten.
Wie gemeldet wird, sind auf der Missouri-Vale Eisenbahn
und deren Verbindungslinien ausgebrochen Streiks der
Eisenbahndienstleistungen im Gange. Die stete Ge-
rabe der Löhne bis fast auf den Verhungerspunkt hat
die Veranlassung dazu gegeben. Zur Verhinderung von Ruhe-
störungen sind durch den Gouverneur von Missouri Truppen
entsandt worden. Im Distrikt Pittsburg haben 10 000
Grubenarbeiter ihre Thätigkeit eingestellt und verlangen
3 Cents für den Bushel geförderter Kohle.

An die Schmiede Berlins! Werthe Kollegen! Schon
einmal in diesem Jahre traten wir an Euch heran mit der
Aufforderung: in unsere Reihen zu treten und mit zu berathen
wie unsere Lage zu verbessern ist. Kollegen, laßt unsen Ruf
nicht vergeblich sein, sondern legt mit Hand und Werk. Hat
auch unter Euch in der kurzen Zeit seines Bestehens eine
imposante Mitgliederzahl erreicht, so ist dieselbe doch noch lange
nicht groß genug, es müßte Keiner in unseren Reihen
fehlen; darum kommt alle Mann für Mann am Dien-
stag, den 17. März, Abends 8 1/2 Uhr, nach Keller's
Salon, Andreasstr. 21 am Andreas-Platz, es ist der größte
Saal Berlins, setzet dafür, daß kein Platz leer bleibt. Auf
der Tagesordnung steht: 1. Wie ist unserem Handwerk aufzu-
helfen. Referent: Herr Regierers-Baumeister Fleher.
2. Die Forderungen des Fachvereins und die Antwort des
Junggenossenstandes und wie verhalten sich die Berliner Schmiede
zu letzteren. 3. Wahl von 5 Kommissionsmitgliedern. 4. Ver-
schiedenes. Sämtliche Schmiedemeister werden zu dieser Ver-
sammlung freundlich eingeladen. Der Vorstand des Fach-
vereins der Schmiede. F. A. D. Matthes, Vorsitzender.
— Diejenigen Kollegen, welche noch im Besitze von Frage-
bogen sind, werden gebeten, dieselben in der Versammlung ab-
zuliefern. Die Fachvereins-Versammlung am 16. März
fällt aus.

Die Maurer Berlins richten an ihre Kameraden außer-
halb Berlins bei Beginn der Bauzeit die dringende Warnung,
in diesem Jahre sich von Berlin möglichst fern
zu halten, da hier nur sehr geringe Aussicht auf Arbeit ist.
Es heißt in dem Aufruf: „Die Privatbauthätigkeit ist in
diesem Jahre ganz erheblich geringer als in den vorigen
Jahren, da die Materialpreise sehr höher, auch die Preise
der Baustellen durch die ungesunde Spekulation sehr hinaufge-
trieben sind, und so das Bauwesen vertheuert wird; dazu kommt
die Entschärfung der Gesetze über die Bauens durch poli-
tische Anforderungen, die sehr schwer zu erfüllen sind.
Die Kanalisationsarbeiten, die sonst immer einer großen
Zahl Maurer Beschäftigung geben, bieten in diesem Jahre
den Maurern nur wenig Arbeit, da jetzt besonders nur Rohr-
legungen ausgeführt werden; die Bauten an den Markthallen

haben eingestellt werden müssen, weil die Polizei Forderungen
stellt, welche die städtischen Behörden nicht glauben erfüllen
zu können, am Reichstagsgebäude wird im kommenden Sommer
nur wenig gearbeitet werden, da in diesem Jahre besonders
Material für den Bau beschafft wird und sonst weiter kein
keine nennenswerten öffentlichen Bauten in Aussicht ist
Es schon jetzt eine Ueberfüllung an Maurern hier vorhanden,
man kann die Zahl der beschäftigungslosen Maurer hier
in Berlin augenblicklich auf mehr als 3000 anschlagen.
Bei diesem Zustande ist es nun sehr schwer, lohnende Arbeit
zu erhalten und beginnen die Unternehmer die Löhne betrub-
zudrücken. Wenn nun noch ein größerer Zugzug eintritt, muß
es hier arge Noth und sehr niedrigen Lohn geben, da man
dann nicht fähig sein würde, den hier nothwendigen Lohn auf-
recht zu erhalten. Wir bitten also, soviel als irgend möglich,
Berlin zu vermeiden, und hier das Angebot von Maurern
nicht zu erhöhen, besonders sich auch nicht durch Zeitungsauf-
oder Schreiben von Spekulanen hierher locken zu lassen, man
würde sonst Schaden haben und die Kameraden hier schädigen.
„Also in diesem Jahre nicht nach Berlin!“ Das sei für die
Maurer die Losung. Alle arbeitervreundlichen Blätter werden
zum Verbreitung dieses Aufrufs gebeten. Im Auftrage der
General-Versammlung der Maurer von Berlin und Umgegend:
S. Behrend.“

Aufruf an die Maurer und Zimmerer Deutschlands.
Der Fachverein der Maurer und Zimmerer Rathenows, welcher
es sich, wie die Fachvereine überhaupt, zum Ziele gesetzt hat,
für das materielle und geistige Wohl seiner Mitglieder und
sämtlicher Berufsgruppen zu wirken, steht sich im Verfolge
dieser Aufgabe vor einen ersten, harten Kampf gestellt.
Wir haben es uns zur Pflicht gemacht, Jedem unserer Berufs-
genossen ein solches Leben zu verschaffen, daß er durch den Er-
trag seiner Arbeit sich und den Seinen ein menschenwürdiges
Dasein verschaffen kann, sich und die Seinen geistig weiterbilden
und zu tüchtigen Menschen und brauchbaren Mitgliedern der
menschlichen Gesellschaft erziehen kann. — Urtheilt selbst, ob
das unter den jetzigen Verhältnissen möglich ist. Der Durch-
schnittslohn des Maurers und Zimmerers beträgt hier 22 Pfg.
pro Stunde, das giebt bei 26 Wochen zu voller Arbeitszeit
gerechnet zu 11 Stunden täglich und jede Woche zu 6 Arbeit-
tagen Mk. 377 52. 13 Wochen wegen der vorgerückten Jahres-
zeit zu zwei Drittel Tagesarbeit also 9 Stunden täglich ergibt
Mk. 154 44. 13 Wochen (Winter und Frühjahr) arbeiten
los, also zusammen einen Jahresverdienst von Mk. 531 96
d. h. täglich 1 R. 45 Pf. — Kann man davon Wohnung und
Kleidung, Essen und Trinken, Licht und Heizung, Steuern
und Abgaben, eigene Bildung und Kindererziehung bestreiten?
Lohn pro Stunde 80 Pf., 10stündige Arbeitszeit und die
Schaffung aller Ueberstunden, um auch in Wahrheit ein mens-
liches Leben genießen zu können, Aufschlag von 25 pSt. auf
Alford und Sonntagsarbeit. — Ist das zu viel verlangt? —
Der Lohn würde sich dadurch von 1,45 R. auf 1,80 R.
stellen. — Ist das unbillig? — Wir glauben nicht, und
Wir werdet unsere Forderung gerecht und billig finden.
Unsere Meister und Arbeitgeber aber haben sich mit uns nicht
gütlich darüber einigen wollen, dreimal haben wir sie zu Be-
sprechungen eingeladen und sie sind nicht erschienen. —
Bleibt uns nichts Anderes mehr übrig, als die Arbeit nieder-
zulegen und wir rechnen, falls es dazu kommt, auf Euer
hilfsbereite Unterstützung. — Halte! vor allen Dingen setzen
Zug fern! — Wir vertrauen auf Euren kollegialen Sinn
und werden mit Rath und Zuredel, stark durch Eure Hilfe,
den Kampf beginnen! Mit kollegialstem Gruß die Kom-
mission der Maurer und Zimmerer Rathenows. F. A.
S. Krefe. Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Ab-
druck gebeten.

München, 15. März. (Mittheilung von Fr. R. K. H.)
Leder's Bureau.) Bis zum 15. März waren insgesammt
angemeldet 198 Fachvereine resp. Filialen von zentralisierten
Unterstützungsvereinen aus 83 Städten und Ortschaften. Von
diesen zählten 163 Vereine 19 977 Mitglieder; von den übrigen
Vereinen fehlten noch die Angaben über die Mitgliederzahl.
Weitere statistische Mittheilungen sind erwünscht. Weiter
ist aber zur Erhaltung und Weiterführung des Bureau's die
pekuniäre Beihilfe der Fachvereine u. erforderlich. Es
bittet deshalb um baldige Zusendung der ersten Quartalsbe-
träge, wo dieselben noch ausstehen, Fr. R. K. H. Leder's Bureau,
Neubausen-München.

Vereine und Versammlungen.

Im „Berliner Verein für harmonische Lebens-
weise“ sprach Herr Dr. Paul Förster vor einer zahlreich
Zuhörerschaft in äußerst feierlicher Weise über: „Thierschutz
und Vegetarismus“. Der den Förderern des Thierschutzes
begann der Herr Vortragende, oft mit Recht gemachte Vorwürfe
ste vergehen über ihren Thierschutzbestrebungen den nö-
thigeren Menschenschutzes, treffe die Vegetarier nicht. Dem
Wahlspruch sei vielmehr: Das Eine thun und das Andere
nicht lassen! Und wer sich nicht mit der Thiere haben will,
bestrebt sei, denselben ihr Recht zu Theil werden zu lassen, der
kann nicht mitleidlos und ungerührt gegen seinegleichen sein,
werde vielmehr dem leidenden Bruder helfen. — Von gewis-
Seite verhalte man die Thierschutzbestrebungen dadurch zu be-
seitigen, daß man die Vertreter derselben mit
Spott und Hohn überschütte, was sich so
gezeigt habe, als Richard Wagner seinem natürlichen
Gefühl Ausdruck gab und sich gegen die Biosektion erklärte,
und in seiner Schrift: „Religion und Kunst“ voll und ganz
für den Vegetarismus eintrat. Die Vegetarier würden aber
ungeachtet aller unfauberen Angriffe kräftig weiter wirken,
man überall zu der Einsicht gekommen sei, daß unsere
mündigen Brüder“, wie Herder die Thiere so schön genannt
ein Recht haben, zu leben und sich ihres Daseins zu freuen.
Allen Thierquälereien, die so viel zur Verrohung der Mensch-
beit beitragen, müsse der Garau gemacht werden, vor allem auch
der Biosektion, deren Nothwendigkeit und seltenes Vorkommen
Prof. Heidenhain neuerdings vergeblich nachzuweisen gesucht habe.
Ein Blick in die medizinischen Fachjournale lehre, daß auch in Deutsch-
land in ausgedehntem Maße violekt wird. Auch die
Jagd sei zu verwerfen, und werde er auf dieselbe in einem
besonderen Vortrage zurückkommen. Die Quälereien, die bei
der Biosektion und der Jagd vorkämen, seien aber nur geringe
gegen die beim Mästen und Töden der Schlachttiere verübten
Grauel. Und deshalb müsse jeder echte Thierfreund der Biosektion
nur unthätigen, sondern sogar krankmachenden Fleiß anzu-
wenden, müsse denselben umso mehr meiden, als sonst die
Biosektoren sich darauf berufen könnten, daß sie ihre
„Suche“ unternähmen, um für die kranken Menschen Leben
finden, welcher Vorwand bei den bei ihrer naturgemäßen Lebens-
weise gesund bleibenden Vegetariern hinfällig sei. Der Herr
Vortragende schloß mit der dringenden Aufforderung, man
möge auch hier nicht halb sein, sondern voll und ganz
konsequent für den Thierschutz eintreten und sich dem Vegetari-
mus, der „Religion der Zukunft“ anschließen und zum Ver-
der Menschheit lauter Befehrer derselben werden. — Dem mit
rauschendem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine leb-
hafte Diskussion.

Eine große Kommunal-Wählerversam-
lung findet am Mittwoch, den 18. März, Abends 8 Uhr, in
der Vorbringerstraße 37 statt. Tagesordnung: 1. Die Gewählung
von Sanitätsräthen für den Norden Berlins. Ref. Herr
Dokt. Krohm. 2. Wahl einer Kommission.
Deutscher Senefelder-Bund, Mitgliedschaft Berlin.
Dienstag, den 17. cr., Abends 8 Uhr im Restaurant „Zur
Alexanderstr. 31: Vortrag über Chemie von Herrn
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Von den Stadtverordneten Goercki und Genossen

waren in der Sitzung vom 4. Dezember v. J. folgende Anträge an den Magistrat eingebracht worden:

- Nach welchen Grundsätzen verfährt der Magistrat bei Veröffentlichung von Bestimmungen und Anordnungen desselben, die in hiesigen Zeitungen als Annoncen zur Kenntnis der gesamten Bürgerschaft bestimmt sind?
- Warum berücksichtigt der Magistrat bei Veröffentlichungen, die zum größten Theil die arbeitende Bevölkerung interessieren (wie die Anordnung über das neue Krankenversicherungswesen) nicht auch das in Berlin erscheinende Arbeiterorgan „Berliner Volksblatt“, da dies doch hauptsächlich von Arbeitern gelesen wird?

Der Magistrat antwortet jetzt darauf in einer Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung. Ad a. bemerkt er:

In Bezug auf die Veröffentlichung der diesseitigen Bekanntmachungen ist zunächst zu bemerken, daß die städtische Verwaltung bestimmte Publikations-Organen haben muß, von denen das Publikum weiß, daß in denselben sämtliche Publikationen der Gemeindeverwaltung zu finden sind. Gewisse amtliche Bekanntmachungen, z. B. betreffend die Anleihen, ortstatutarische Feststellungen von Bauaufsichtlinien haben nur dann Billigkeit, wenn sie so vorchriftsmäßig publiziert sind. Die Zahl solcher amtlicher Publikations-Organen kann mit Rücksicht auf die Insertionskosten selbstverständlich nur eine beschränkte sein.

Die amtlichen Publikations-Organen der städtischen Verwaltung, in welchen sämtliche Bekanntmachungen veröffentlicht werden, sind gegenwärtig:

- das Intelligenzblatt,
- die Volksliche Zeitung und
- die National-Zeitung.

Unter gewissen Umständen müssen das Potsdamer Amtsblatt und der Staats- und Reichs-Anzeiger hinzutreten.

Das Intelligenzblatt ist von je her amtliches Publikations-Organ, sowohl der Staatsbehörden, als auch der hiesigen Gemeindebehörde gewesen; die Volksliche Zeitung ist schon seit Erlaß der Städteordnung von 1808 zur Publikation diesseitiger Bekanntmachungen benutzt worden; die National-Zeitung ist im Jahre 1874 hinzugekommen.

Das Intelligenzblatt nimmt die diesseitigen Inserate für den ermäßigten Preis von 20 Pf. pro Zeile auf.

Die Volksliche- und National-Zeitung haben sich verpflichtet, alle Veröffentlichungen, welche dieselbe lediglich im öffentlichen Interesse, d. h. im Interesse der gesamten Einwohnerschaft erlassen werden (bis-her die weitaus größte Zahl) unentgeltlich aufzunehmen.

Die drei genannten Blätter haben sich bisher als völlig ausreichend erwiesen.

Nur wenn gewisse Bekanntmachungen eine möglichst schnelle und weite Verbreitung erhalten sollen, werden für diese besonderen Fälle je nach Art der Sache ausnahmsweise noch andere Zeitungen benutzt.

Ueber die zweite Angelegenheit, die Anordnungen betreffend, welche hauptsächlich Arbeiter angehen, äußert der Magistrat:

Wenn wir außer den drei ständigen Publikations-Organen noch andere Blätter zu benutzen für notwendig erachten, so können dies doch der Kosten wegen nur so viele sein, als zur Erreichung des Zwecks unumgänglich nötig sind. Die Interpellation hindeutet, war unseres Erachtens in ausreichender Weise publiziert worden. Dieselbe ist fünf Mal an den Anschlagstulen publiziert und außerdem in 172 000 Exemplaren als Flugblatt verbreitet worden, wovon 11 000 Exemplare an beteiligte Personen zur Orientierung und 154 000 Exemplare 11 der gelesesten Zeitungen beigelegt worden waren. Hierdurch sind recht erhebliche Kosten erwachsen.

Wenn hierbei das „Berliner Volksblatt“ nicht berücksichtigt worden war, so ist dies unterlassen worden, weil wir es nicht für nötig hielten, noch mehr Zeitungen heranzuziehen. Dazu kommt aber noch, daß es sich bei der in Rede stehenden Bekanntmachung nur um die Meldepflicht der Arbeitgeber gehandelt hat.

In den Fällen, in welchen es sich speziell um das Interesse der Arbeitnehmer handelt, werden wir stets Sorge tragen, daß die betreffenden Bekanntmachungen allen Arbeitnehmern zugänglich gemacht werden. Am zweckmäßigsten dürfte das aber durch Veröffentlichung an den Anschlagstulen geschehen.

Wir behalten uns indessen vor, auch ferner wie bisher in solchen Fällen neben unsern ständigen Publikationsorganen auch noch andere Zeitungen zu benutzen.

Wir erlauben uns, da wir in der ganzen Sache selber Partei sind, nur wenige Worte zu dieser Rundgebung des Magistrats. Daß der Magistrat nur in einer beschränkten Zahl von Zeitungen sämtliche Bekanntmachungen veröffentlicht, ist sachlich durchaus geboten. Auffällig könnte es freilich immer erscheinen, daß außer einem reinen Annoncenblatt (dem Intelligenzblatt) die amtlichen Publikationen gerade zwei liberalen Blättern zugewendet werden, von denen das eine (die Nationalzeitung) notorisch lange an Abonnenten schwandst. Der Magistrat mag darauf hinweisen, daß ihm die Annoncen in der Volkslichen und National-Zeitung nicht gelohnt haben — wir vermüssen nähere, ziffermäßige Angaben sehr ungern — aber indirekt unterstützt hat er die Blätter doch sehr wirksam: viele Mitbürger mußten sie des amtlichen Inhaltes wegen lesen, und es ist doch die Frage, ob diese indirekte Unterstützung zu rechtfertigen war, wenn andere Blätter viel mehr Abonnenten hatten, wie die National-Zeitung.

Jedenfalls ist soviel sicher, daß Blätter, wie die „Volk.“ und die „Nat.-Zg.“ in die große Masse der Arbeiter und kleinen Leute gar nicht eindringen. Diese Kreise werden aber doch auch von vielen Maßregeln des Magistrats in Frage kommen, sind sie unbedingt auch anderen Blättern zu überweisen, welche vornehmlich unter Arbeitern verbreitet sind. Plakate an den Säulen können nur in seltenen Fällen die Zeitungsannoncen ganz und gar ersetzen. Wie viele Bekanntmachungen geht es nicht, die der ungelübte Arbeiter längere Zeit zur Hand haben muß, um vor Gericht zu kommen? Auf die Plakatsäulen weiß man wohl einen flüchtigen Blick, aber man kann sich vor ihnen nicht lange aufhalten und den Kopf zerbrechen. Deshalb wird der Magistrat immer auf Zeitungen

aufzugreifen müssen, die in Arbeiter- und Kleinhandwerkerkreisen viel gehalten werden, und wir erkennen gerne an, daß der Magistrat bisher schon mehrfach danach gehandelt hat.

Politische Uebersicht.

Franreich.

Gestern fand in Paris die Beerdigung des vor einigen Tagen verstorbenen radikalen Abg. Gaineau statt. Dem Leichenzug folgte eine große Volksmenge, unter welcher sich auch der radikale Deputierte Clovis Hugues mit seiner Gattin befand. Einige Vereine wollten rote Fahnen entfalten, wurden jedoch durch die Polizei daran verhindert; Clovis Hugues trat den Polizeibeamten entgegen und versuchte eine Fahne festzuhalten, gab jedoch nach Intervention eines Kommissars seinen Widerstand auf. Am Grabe auf dem Kirchhofe Père Lachaise sprachen verschiedene Gesinnungsgenossen des Verstorbenen.

Rußland.

Die Verbannung des Bischofs Ornyewiedl hat in der Wilnaer Diözese unter den Polen böses Blut gemacht. Die der russischen Regierung genehmen Geistlichen werden von den Anhängern des Bischofs verachtet und insultiert; namentlich sind es die Frauen, welche ihre Verachtung öffentlich zur Schau tragen. In Wilna, so schreibt ein Moskauer Blatt, bewaffnen sich die Frauen mit Eisen und Steinen und figurieren als Chor der Grinnigen, als schreckliche Räuberinnen des außer unschuldigen Schlachtopfers, d. h. des Bischofs Ornyewiedl. Da sie mehr als die übrigen geistlichen Schöffe in die Geheimnisse der bischöflichen Sympathien und Antipathien eingeweiht sind, so bemühen sie sich, ihren Hohn an den Priestern auszulassen, die der Bischof am wenigsten leiden konnte. Das erste Opfer weiblicher Rache wurde vor Kurzem der Religionslehrer am Wilna'schen Mädchen-Gymnasium, der Geistliche Jusikewicz. Eine entschlossene Patriotin brachte ihm mit einem Schlüssel eine nicht unerhebliche Wunde am Kopfe bei. Wahrscheinlich wird man sie dem Bischof nachsehen. Auch ein anderer Religionslehrer, der an der höheren Marien-Edlerschule angestellt ist, ein Prälat B., fühlt sich nicht sicher. Er fürchtet sich, die Straße zu betreten. An der Thür der Wohnung eines dritten Religionslehrers an der technischen Eisenbahnschule, wurde — aller Wahrscheinlichkeit nach von gräßlicher weiblicher Hand — ein tadellos drohender Brief angelegt. Viele Frauen sollen mit Kohlstöcken, Steinen und wahrscheinlich auch mit rohen Eiern bewaffnet die Kirche belagern, um den Geistlichen zu attackiren, der sich unterwerfen sollte, der polnischen Sache untreu zu werden und eine russische Predigt zu halten. In Nowno liegen nach der Aeußerung des Korrespondenten die Sachen übrigens noch ernst. „Eines der Gymnasien des Gouvernements Nowno, das Schulausweise, befindet sich im Belagerungszustand; einige Mitglieder der örtlichen römisch-katholischen Gesellschaft attackiren dasselbe bei Nacht mit Steinen und drücken damit ihre Unzufriedenheit über die Verfügungen des neuen Direktors aus, die auf die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Anstalt und auf die Wahrung der russischen Interessen gerichtet sind. Nirgends wütht die latholische-polnische Propaganda mit solcher Energie und Ungenügsamkeit, wie in diesem Gouvernement.“ — Der Bericht ist zwar augenscheinlich übertrieben, immerhin ist aber aus demselben ersichtlich, daß die Verbannung des Bischofs eine große Erregung unter den Polen erzeugt hat.

Ägypten.

Nach einem in London eingegangenen Telegramm der „Sunday Times“ wäre Kassala von den Anhängern des Mahdi genommen und die ganze Garnison niedergemacht worden. Eine Bestätigung dieser Nachricht ist der englischen Regierung noch nicht zugegangen. Bebehr Pascha, sein Sohn und drei andere Personen sind am Sonnabend auf Anordnung der englischen Militärbehörden verhaftet und in Alexandria an Bord des englischen Aviso „Triton“ gebracht worden, welcher alsbald den Befehl zur Abfahrt erhielt. Aus zahlreichen beschlagnahmten Papieren soll sich der dringende Verdacht, welcher zu der Verhaftung Anlaß gab, daß Bebehr mit dem Mahdi Verbindungen unterhalten habe, bestätigt haben. Nach einer Meldung aus Alexandria von gestern ist der Aviso „Triton“ mit den Verhafteten nach Cypern gelangt, wo dieselben internirt werden sollen. Bebehr Pascha ist eine einflußreiche Person, er war früher Sklavenhändler und geriet mit Gordon in Konflikt, worauf dieser zwei von seinen Söhnen tödten ließ. Später versuchte Gordon ihn auf seine Seite zu ziehen und bot ihm sogar die Stelle als Generalgouverneur des Sudans an. Die diesbezüglichen Verhandlungen scheiterten an dem Widerstande der englischen Regierung, die als „Befreierin“ Ägyptens unmöglich den früheren Sklavenhändler zum Gouverneur des Sudans machen konnte.

Amerika.

In Folge der durch das Vorgehen des Präsidenten Barrios in Guatemala in den Staaten von Central-Amerika hervorgerufenen Bewegung erhielten mehrere Kriegsschiffe der nordamerikanischen Union den Befehl, sich nach den Gewässern von Central-Amerika zu begeben. Ein weiteres auf die central-amerikanischen Vorgänge bezügliche New-Yorker Telegramm vom Sonnabend lautet: Nach Depeschen aus La Libertad ist die mexikanische Gesandtschaft in Guatemala angewiesen worden, Guatemala zu verlassen und sich nach San Salvador zu begeben. Von der Republik von San Salvador werden Truppen an der Grenze von Guatemala zusammengezogen. Die Haltung Mexikos dem Vorgehen des Präsidenten Barrios in Guatemala gegenüber findet in den drei dadurch bedrohten Staaten von Central-Amerika lebhaft Zustimmung.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

68. Sitzung vom 16. März, Vormittags 11 Uhr. Am Tisch des Bundesraths Fürst v. Bismarck, von Voetticher und Kommissarien. Die Tribünen sind überfüllt.

Die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Dampfer-Subvention, wird fortgesetzt.

Kommissarius Geh. Rath Neuleug: Die Vorschläge der Abgg. Rintelen und Richter haben einen Bruchtheil der Vorlage heraus gerade so, als bestände sie aus drei über einander geschichteten Vorlagen, während sie ein einheitliches Ganzes ist und ein äußerst festes Gefüge hat, in dem sich jeder Theil auf den anderen bezieht: eine Flotte von 12 bis 13 großen und 6 bis 7 kleinen Dampfern als eine einzige abgeschlossene Gruppe, in der es von größter Bedeutung ist, daß die Dampfer auf den einzelnen Linien einander ausbilden und ermittelt wird, welche für gewisse Linien am besten passen

und wie die Behandlungen in den Häfen am besten auszuführen sind. Das Alles ist mit einer größeren Flotte vorzuziehen, von einer kleineren nur mit geringem Erfolg auszuführen. Von größter Wichtigkeit ist das regelmäßige vierzehntägige Erscheinen der Schiffe in den verschiedenen Häfen. Die Kosten für Kohlen, Agenten und Hafeneinrichtungen finden sich zweifach, wenn beide Linien, Ostasien und Australien Annahme finden: in Alexandrien, Port Said, Suez, Aden, später vielleicht auch in Colombo. Die Zweiglinie Brindisi besteht nicht für sich, sondern ist mit beiden Linien verbunden. Deshalb ist auch die Entschädigung für sie mit nur 400 000 Mark berechnet, sie wird aber mehr kosten, wenn sie nur einmal alle vier Wochen zu fahren hat. Sie ist in der Vorlage nur so billig angesetzt, weil die Beamten und Einrichtungen alle vierzehn Tage ihre Dienste thun sollten. Ich habe mich während meines Aufenthalts in Australien der mühevollen Arbeit unterzogen, die wirkliche Einfuhr von Europa festzustellen: damals verhielt sie sich zur Gesamtzufuhr Australiens wie 35:50, also jetzt wie 42:63 d. h. von diesen 800 Mark ist ein Theil durch rechtliche lästige Konkurrenz mit ausgezeichneten Waaren für uns zu erwerben. Unser bisheriger Antheil von 14 Millionen Mark wird sich durch die australische Linie ungewiss erheben, wozu die vermehrte Einrichtung von Filialen gehört. Wer meinem Rath in dieser Beziehung gefolgt ist, hat sehr wohl gethan, und mehrere Expeditionen in diesem Sinne sind in Vorbereitung. Der australische Handel ist ungleich entwicklungsfähiger, als der chinesische, und wird den letzteren nach Bewilligung der Subvention sehr bald überholen. Herr Richter steht einem Widerspruch darin, daß man die Linie nach China empfiehlt, weil es erst Eisenbahnen bauen will, und die nach Australien, weil es sie schon hat. Das ist keine Sophistik, sondern ganz richtig. Dort können wir Schienen und Baumaterial liefern, in Australien sind die bereits vorhandenen Bahnen die Grundlage fortschreitender Kultur und Konsumtionsfähigkeit. Ferner: nach China gehen grobe Waaren, nach Australien feinere, die mehr Intelligenz und bessere Arbeiter erfordern. Wenn Sie den Herren Richter und Rintelen folgen, so ziehen Sie der Vorlage das Beste, ihre industrielle Seele, aus dem Leibe und lassen den groben Bestand übrig. Und dann haben Sie sich ja mit allen dem für Rotterdam verschossenen Pulver präjudiziert: warum soll der Rhein für Rotterdam und seinen Ufergang schwächen, wenn keine Waaren dorthin transportirt werden? Denn aus Süddeutschland nach Rotterdam würden nicht die Waaren für China, sondern nur die für Australien gehen. Die Chinesen spielen nicht Klavier, sie kaufen Kanonen und großes Tuch, das in Schwaben nur blau gefärbt wird; nicht süddeutsches Saffianleder und Schuhe. Der Rhein wird nicht belastet von den Waaren, die vom Oberrhein und Schwaben nach China gehen. Der Abzug von Farben aus Mannheim und Frankfurter Fabriken hat sein Roginum erreicht. Unsere Einfuhr von roher Wolle steigt, weil unsere Wollindustrie sich mehr gehoben hat als unsere Schafzucht, wir müssen daher Wolle einführen. Von diesen wollenen Waaren geht ein Theil nach England. Wir würden also unser Rohmaterial durch unsere Dampfer billiger beziehen als bisher. Afrika braucht einflußreicher nur eine Menge geringerer Artikel für Massenverbrauch, ist aber auch entwicklungsfähig. Alle drei Linien liefern uns die werthvollsten Rohstoffe, die unsere Industrie veredelt. Das Haus wolle daher die Anträge auf Bewilligung der ostasiatischen Linie allein ablehnen und die ganze Vorlage nach dem Antrage der Abgg. Behr und Genossen annehmen. (Beifall.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich habe einen Irrthum zu berichtigen, in welchem ich mich vorgestern dem Herrn Abg. Richter befunden habe. Es war mir, ich weiß nicht mehr, ob aus Zeitungen oder aus mündlichen Mittheilungen bekannt geworden, daß er in der Rede, die er als captatio benevolentiae für England hielt, unter den Motiven, die unsere Haltung England gegenüber zu bestimmen hätten, auch die Verwandtschaft unserer Dynastie ins Feld geführt hätte. Ich ließ mir deshalb den stenographischen Bericht vorlegen, und in demselben wurde mir die Hauptrede des Herrn Abgeordneten von jener Sitzung, die erste, als die Rede bezeichnet. Bei ihrer Durchsicht fand ich diese Wendung der Sache nicht wieder. Ich schloß daraus, daß der Herr Abg. Richter in Bezug auf politischen Takt mit mir die gleichen Ansichten gehabt und bei der Korrektur die Anspielung auf die Verwandtschaft unserer Dynastie unterdrückt hätte, und erlaube mir, darüber in meiner vorgestrigen Rede meine Freude zu erkennen zu geben. Der Herr Abg. Richter hat sehr bald Gelegenheit genommen, diese Freude mir zu bestätigen, und ich habe, durch seinen Widerspruch veranlaßt, namentlich den vollständigen Sitzungsbericht gelesen und bin Aufklärung darüber schuldig, wie ich zu dem Irrthum gekommen bin. Ich konnte nicht voraussetzen, daß der Herr Abgeordnete in seinem Plaidoyer für England das Bedürfnis empfunden haben würde, zwei mal hintereinander denselben Gedanken — das zweite mal etwas schärfer unterstrichen — zum Ausdruck zu bringen. Ich glaubte, nachdem ich seine erste Rede gelesen hatte, damit wäre die Sache beendet, da er in dieser ersten Rede alles gesagt hatte, was meines Erachtens sich von seinem Standpunkte sagen ließ, in den Worten, die dahin lauten: England und Deutschland sind aufeinander angewiesen nach Stammesverwandtschaft, nach den historischen Traditionen und nach der ganzen Entwicklung, mehr als irgend welche anderen Länder in Europa. Wenn augenblicklich diplomatische Streitigkeiten schweben, über deren Berechtigung ich mir heute kein Urtheil erlaube und über die ich nicht entscheiden will, so wollen wir hoffen u. s. w. Ich glaube, der Herr Abg. Richter täuscht sich über das Gewicht seines Auftretens wenigstens in England. Der Abg. Richter hat in England ein viel größeres Sauergewicht als bei uns in Deutschland. (Heiterkeit rechts.) Ich muß darauf aufmerksam machen. Der, welcher an der Spitze einer Majorität, der die Regierung ziemlich regelmäßig unterliegt in Fragen, die sie bringt, ist doch für England der herrschende Punkt, der Stern der Zukunft, und man muß schon die deutschen Verhältnisse genauer kennen, um sich zu überzeugen, daß diese englische Auffassung bei uns nicht so ausschließlich Platz greift, wie es in England der Fall sein dürfte. Ich habe das angeführt, was der Herr Abg. Richter in seiner ersten Rede gesagt hat. Wenn ich nun zwei Seiten weiter umschlage, so finde ich, daß er genau denselben Gedanken nochmals wiederholt hat; er schien eins vergessen zu haben und nachholen zu müssen; das waren die verwandtschaftlichen Beziehungen der Dynastie. Die zweite Wendung ist im Uebrigen ganz identisch mit der ersten, sie hat wenige Minuten nachher unter wiederholter Meldung zum Wort stattgefunden. Ich muß daher annehmen, daß Herr Richter auf diese Einschaltung ein ganz besonderes Gewicht gelegt hat, er sagt, daß er überzeugt sei, „die Ansichten weiter Kreise im deutschen Volk zu vertreten.“ — denke ich mir; der Satz ist nicht ganz zusammenhängend — „die sich keineswegs durch parlamentarische Debatten, die an dieser Stelle

wenigstens durchaus überflüssig sind, in einen künstlichen Gegensatz zu einem uns Stammverwandten Volke, das uns nicht nur durch unsere Dynastie, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt und durch gemeinsame Kämpfe in kritischen Perioden der Geschichte verbunden ist, wollen hineinbringen lassen. Ich bin bei dem Herrn Abg. Richter ebenso gut wie bei anderen hervorragenden Parlamentariern gewohnt, daß sie nicht so leicht etwas ohne Ursache thun, daß irgend eine Berechnung auf die Wirkung die sie erzielen könnten, dahinter steht. Auch aus unserer eigenen neuesten Geschichte darf ich wohl daran erinnern, daß in den vierziger Jahren von den Gegnern unserer Dynastie die nahe Verwandtschaft derselben mit dem russischen Kaiserhause jederzeit ausgebeutet worden ist, um sie als abhängig, als beeinflusst von dem Auslande darzustellen. Ich brauche Sie nur zu erinnern — oder vielleicht haben es viele von Ihnen nicht gelesen; aber ich habe es damals gelesen — an das bekannte Gedicht von Herwegh, wo er in etwas gezwungenem Reim auf Meisinger sagt: „Weh! uns vor dem Baren, Deinem Schwager!“ — Dieselbe Tonart, die Herwegh im Jahre 1840 und 1841 anschlug, zog sich durch das ganze Jahr 1848. Im Jahre 1848 war es ja in Blättern überall zu lesen: „Die Russen kommen!“ — Für die Popularität der eigenen Dynastie war die Behauptung dieses fremden Einflusses niemals nützlich. Ich bin der Behauptung ja noch bezeugt im Anfange meiner ministeriellen Laufbahn zu den Zeiten der polnisch-russischen Kartellkonvention. Was wurde hauptsächlich gegen die Politik Sr. Majestät des Königs, die ich damals vertrat, ausgespielt? Unsere Abhängigkeit von Rußland in Bezug auf die Kartellkonvention, in Bezug auf Alles; kurz, es wurde die Dynastie im Lande verdächtigt, daß sie nicht die nationalen Bedürfnisse allein, sondern auch ihre verwandtschaftlichen Rücksichten auf die nahestehende russische Dynastie in der Politik mit zum Ausdruck brachte. Diese historischen Erinnerungen und Erwägungen und das wenige Vertrauen, das mir der Royalismus des Herrn Abg. Richter einflößt (weiter rechts), nöthigen mich, hier seiner Bezugnahme auf dynastische Verwandtschaften und ihren Einfluß auf die Politik mit der Versicherung entgegenzutreten, daß das Gewicht der deutschen Dynastie und insbesondere unserer kaiserlichen Dynastie unter allen Umständen jederzeit auf Seiten der nationalen Interessen und niemals auf der Seite der fiktiven Verwandtschaften in die Waage fallen wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Diez (Hamburg): Wir werden für die ostasiatische und australische Linie stimmen, um der deutschen Industrie, den deutschen Arbeitern einen Dienst zu erweisen. Die afrikanische Linie werden wir ablehnen, weil sie vorzugsweise zur Unterstützung der Kolonialpolitik gefordert zu sein scheint, und weil man erst beispielsweise den schlesischen und sächsischen Webern helfen müßte, ehe man für Gründung von Kolonien Geld ausgiebt. Das Gute, das man uns bietet, wollen wir nicht verwerfen, und wenn Deutschland's Antheil an dem Welthandel lebendiger wird, so werden dabei auch zahlreiche Seeleute und Arbeiter ihr Brod finden. Dieser Gesichtspunkt ist für uns die Hauptsache. Ich bestreite es, daß nur das Großkapital von der Dampfersubvention Vortheil haben wird, wenn ihm auch der Löhnenantheil an demselben zufallen wird. Wer einmal miterlebt hat, was es heißt, wenn eine Fabrik geschlossen wird und die Arbeiter ohne Beschäftigung sind, der wird mit meinem Urtheile vollständig übereinstimmen. Der Reichskanzler hat neulich gesagt, es wäre gut, wenn jeder von den Herren hier auch einmal einen landwirtschaftlichen Kursus durchgemacht hätte. Ich sage, ein Kursus in einer Fabrik würde Ihnen Allen ebenfalls recht nützlich sein. Auf den großen Dampfern werden zahlreiche Personen eine feste Anstellung finden. Ich muß hierbei meine neulichen Bemerkungen über den Lloyd ausreicht erhalten. Es ist nämlich in einer Gerichtsverhandlung durch einen Staatsanwalt selbst konstatiert worden, daß in zahlreichen Fällen die Leute auf den Lloyd-Schiffen schlecht behandelt werden. In einem einzigen Jahre sind 16 Selbstmorde unter den Hilfsarbeitern solcher Schiffe vorgekommen. Es kommen da Dinge vor, die aller Menschlichkeit Hohn sprechen. Auch die Löhnung dieser Arbeiter ist unglaublich gering, auf den Ozeandampfern ca. 60 M. monatlich, auf der Ostsee gar nur 36 M. Daher kann man sich gar nicht wundern, daß die Leute lieber auf englische und französische Schiffe gehen. Eine Staatssubvention halte ich an sich nicht für gefährlich, ich würde überhaupt, daß diese ganzen subventionirten Dampferlinien verstaatlicht würden. Die Regierung ist viel mehr der Kritik ausgesetzt und kann viel eher gefaßt werden, als Privatunternehmer, und man würde wenigstens davon sicher sein, daß wie bisher die größten Scheußlichkeiten auf den überseeischen Dampfern gegenüber den Arbeitern verübt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jörn v. Dulach: Wir elsaß-lothringische Abgeordnete betrachten die Vorlage begrifflicherweise nicht von nationalen Standpunkt; ich erkläre aber Namens meiner politischen Freunde, daß wir aus sachlichen Gründen und praktischen Erwägungen für die Vorlage stimmen werden, wie sie von der Regierung aufgestellt ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Wir thun dies vor Allem mit Rücksicht auf die Industrie und den Handel Elsaß-Lothringens. Unsere heimische Industrie hat nicht nur für Deutschland, sondern auch für den Weltverkehr eine große Bedeutung. Wenn es richtig ist, zu sagen, mit der Dampfersubvention treibe man Staatssozialismus, so ist es ebenso richtig, auch Kanal-, Straßen- und Eisenbahnbauten des Staates als Staatssozialismus zu bezeichnen. Ich bitte Sie nochmals speziell im Interesse der elsaßischen Industrie die ganze Regierungsvorlage anzunehmen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Jakschewski: Ich bin von meinen Landsleuten bei dieser Vorlage zu folgender Erklärung ermächtigt. Wir behalten uns aus tatsächlichen Gründen vor, unsere Spezialbestimmung je nach Lage der Dinge einzurichten, werden aber schließlich gegen die Vorlage stimmen, weil wir uns einerseits den schwerwiegenden Bedenken, die von anderer Seite erhoben worden sind, nicht verschließen können, und weil wir andererseits die Kolonialpolitik der Reichsregierung und was damit zusammenhängt, nicht mit dem Vertrauen und der Begeisterung unterstützen können, wenn der leitende Staatsmann im Reiche und in Preußen bei jeder Gelegenheit in der verlegendsten Weise uns gegenüber auftritt und uns auf trübsamen und nationalem Gebiete in der gefährlichsten Weise behandelt, wie das auch am Sonnabend geschah; und gerade diese letztere Ausführung des Kanzlers nöthigt mich zu folgender Erklärung: Fürst Bismarck hat konstatieren zu müssen geglaubt, daß es im Reiche Fraktionen gebe, und aus dem Zusammenhange seiner Rede geht hervor, daß er dazu auch meine Fraktion rechne, die ihre offen aufgestellten Ideale nur durch einen unglücklichen Krieg Deutschlands, durch eine große Niederlage desselben erreichen zu können vermögen, und die darauf förmlich spekuliren. Ich muß diese Unterstellung, soweit sie meine Fraktion und alle ihre Mitglieder betrifft, auf das Entschiedenste zurückweisen. Ich bestreite, daß unter Sinnes und Tathun auf das Schließen von Feindseligkeiten gegen Deutschland oder gegen irgend ein anderes Staatswesen berechnet sei, daß wir auf irgend eine allgemeine Konflagration, auf irgend eine Störung des europäischen Friedens spekuliren, und daraus irgend welche Territorialveränderungen zum Vortheil unserer Nationalität erhoffen. Eine solche Insinuation, die dazu angethan ist, um unsere Stellung dem In- und dem Auslande gegenüber zu diskreditiren — und es scheint, als wenn es hauptsächlich auf das Letztere abgesehen ist — müssen wir bestreiten.

Abg. Lorenz beschränkt seinen Antrag auf Herstellung einer ostasiatischen Linie Gerade diese Linie werde von

außerordentlichem Vortheil für die Kfzerei sein und zahlreichen deutschen Arbeitern Beschäftigung geben; namentlich aber auch zur Ordnung der deutschen Kolonien in Ostafrika beitragen. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Der Herr Abgeordnete für Arotoschin hat sich vorher dahin geäußert, daß ich in meiner vorgestrigen Rede seine Fraktion ungerecht beschuldigt hätte, als ob sie zu denen gehörte, deren Ideale nur durch Störung der Einheit des Deutschen Reiches, nur durch Vorkriegung von Landesherren von einzelnen Staaten, die das Deutsche Reich bilden, verwirklicht werden könnten. Er hat nach dem, was mir darüber gemeldet ist, aus dem Zusammenhang meiner Worte geschlossen, daß ich auch seine Fraktion gemeint hätte. Das ist ja außer Zweifel; das braucht man nicht aus dem Zusammenhang zu verstehen. Ich habe es ganz ausdrücklich gesagt. Ich glaube, der Abgeordnete hat im Interesse seiner eigenen Landleute nicht wohl gethan, mich durch seinen Angriff zu nöthigen, die meine gestrige Aeußerung noch einmal zu unterstreichen und ihr eine breitere Publizität durch eine nochmalige Wiederholung zu verschaffen. Ich glaube, daß die Herren aus den polnisch redenden Landestheilen überhaupt ihrem Interesse besser dienen würden, wenn sie die Regierung des Landes und des Reiches bis auf Weiteres unterstützen. Sie können eben nur durch einen unglücklichen Krieg ihre außerhalb unserer staatlichen Existenz liegenden Ideale verwirklichen. Findet aber dieser unglückliche Krieg statt, dann werden die Herren ja doch davon profitieren; und das gilt auch für andere zentrifugale Bestrebungen. Sie können ja der Erfolg des Krieges ruhig abwarten und können inzwischen der staatlichen Gemeinschaft, in der Sie sich nach Gottes Willen einfinden befinden, nach dem Spruche: „seid unterthan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat.“ — und das möchte ich namentlich auch den konfessionellen Fraktionen ans Herz legen — ruhig und ehrlich dienen. Der Vortheil, den Sie von einem unglücklichen Kriege für ihre antisstaatlichen Ideale haben können, der läuft Ihnen deshalb nicht weg. (Weiter links.) Wenn das Deutsche Reich zertrümmert, wenn Preußen zerfallen und niedergeworfen ist, ja dann kommt es nur darauf an, durch wen, d. h. ob unsere polnischen Provinzen einem anderen Reiche einverleibt werden, oder ob der Sieger ein solcher ist, der seinerseits ein Interesse an der Herstellung des Königreichs Polen hat; im letzteren Falle wird er es ganz sicher herstellen, Sie mögen in der Zwischenzeit sich gegen die jetzige Regierung freundlich benommen und Ihren Landleuten und Ihren engeren provinziellen Gemeinwesen das Wohlwollen der jetzigen Regierung erworben haben oder nicht. Das wird sich dabei ganz gleich bleiben und die Resurrektion des polnischen Gedankens wird dann ohne Ihre Zuthun vom Auslande selbst gemacht werden; denn es giebt ausländische Bestrebungen, denen eine Verzeigerung der preussischen Monarchie, denen die Herstellung eines feindlichen Elementes in der Weichselgegend bis an die Oder heran Deutschland gegenüber von Nutzen erscheinen kann. Also warten Sie doch ruhig ab, bis der unglückliche Krieg gekommen und geführt ist, und enthalten Sie sich der Sünde, ihn an die Wand zu malen; denn die Hoffnung, ihn dadurch zu beschleunigen und herbeizuführen, ist doch eine eitle, die wird sich nicht verwirklichen! Die Regierungen sind sich in ihrem Interesse dazu klar, die Regierungen sowohl innerhalb Deutschlands wie außerhalb Deutschlands. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Birchow: Der Reichskanzler hat am 13. März hervorgehoben, daß er denen, die die Vorlage ablehnen, auch die Verantwortlichkeit überlassen müsse; jedenfalls werde er kein Mittel unverzagt lassen, um uns zu zwingen, Farbe zu bekennen, ob wir eine Kolonialpolitik wollten oder nicht. Ich bin nun hierher gekommen, um offen Farbe zu bekennen, nicht bloß vor meinen Wählern, sondern auch vor den Wählern des ganzen Landes. Der Reichskanzler wird dann auch zugeben, daß wir gar nicht so sehr als Gegner auf diesem Gebiet seiner Bestrebungen angesehen werden dürfen, wie er zu glauben scheint. Als die Frage der Kolonialpolitik zuerst auftauchte, waren viele meiner Freunde der Ansicht, daß der Zeitpunkt hierfür verpaßt sei. Der Ausdruck „Kolonialpolitik“ hat freilich eine Dehnbarkeit erhalten, daß es schwer ist, festzuhalten, worum es sich eigentlich handelt; er ist so elastisch geworden, daß er für jeden Zweck verwendet werden kann. Jeder, der gelegte Bildung hat, weiß, daß das Wort von colonus herkommt (weiter links) und hat den Gedanken, daß es sich dabei immer um etwas Akkordum handelt. (Widerspruch rechts.) Sie (rechts) haben doch vorher mit Bewunderung den Herrn aus dem Elß gehört, der uns eine Kolonialpolitik anrieth, weil wir so fruchtbar seien und so viele Kinder erzeugten, daß es nöthig sei, Raum für dieselben in anderen Erdtheilen zu schaffen. Was sollten aber die Hinausziehenden Anderes machen, als Akkordum treiben? Dieselben können doch in der Ferne nicht bloß sterben wollen. (Unruhe rechts.) Noch eine kurze Bemerkung zu dem Aussaße des Herrn Reichskanzlers gegen meine Fraktionsgenossen Richter. Wenn er die Rede desselben aufmerksam hätte lesen wollen, so würde er gefunden haben, daß die Bemerkungen des Abg. Richter über unsere Beziehungen zu England nicht von der Bosheit diktiert waren, sondern, daß dieselben nur eine Abwehr sein sollten gegen die Bemerkungen des Abg. Kalle. Wenn der Herr Reichskanzler sodann noch sich gegen die Bemerkung des Abg. Richter über unsere dynastischen Beziehungen zu England gewendet hat, so mußte die Erregung, mit der das geschah, für Jeden verständlich bleiben. Der Richter wies auf unsere Stammverwandtschaft mit England hin, und als dieser Bemerkung ein Oho! entgegengelegt wurde, fügte er hinzu, daß wir mit England nicht nur durch unsere Dynastie, sondern auch durch unsere Abstammung verwandt seien. (Hört! hört!) In dieser Kombination wird Niemand etwas in der Bemerkung Richters finden können. Warum soll man nicht von etwas sprechen, was allgemein bekannt ist? (Rufe rechts: Zur Sache!) Ich habe selbst gehört, wie in England bei festlicher Gelegenheit der dynastischen Beziehung Erwähnung gethan ward. Das ist nichts Ungewöhnliches, weder haben noch drüben. Wir haben in diesen Beziehungen eine Garantie mehr, daß keine Mißverständnisse nicht überschätzt werden. Wir sollten uns wohl hüten, Einzelheiten mit solcher Heftigkeit zu behandeln, wo es sich darum handelt, ein gemeinsames Werk zu begründen. Wir haben uns mit schwerem Herzen entschlossen, in dem einen Punkte nachzugeben, den der Reichskanzler selbst als den wichtigsten bezeichnet hat. Mehr zu thun haben wir momentan keine Veranlassung. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Der Herr Vorredner hat meine Ansührungen ein klein wenig verschoben, — im letzten Theil seiner Rede; auf den Haupttheil derselben habe ich nichts zu erwidern, nur in Bezug auf den Schluß. Die Verchiebung charakterisirt sich am besten durch die Behauptung des Herrn Vorredners: es sei doch nicht zu verwundern, wenn der Herr Abg. Richter neulich, nachdem er den Akzent darauf gelegt, daß England mit uns durch die germanische Abstammung stammverwandt sei, gemeinsame Kämpfe mit uns bestanden habe, hinzugesagt hätte, daß auch die Dynastie verwandt wären. Die Argumentation des Herrn Abg. Richter war, wie der Zeit zeigt, genau die umgekehrte; er hat die dynastische Frage voran — und die anderen in zweite Linie gestellt. (Rufe links: Nein!) — Ja, meine Herren, ich berufe mich auf den Text. Nach Herrn Birchow hätte der Herr Abg. Richter neulich gesagt, daß wir nicht nur durch die germanische Abstammung und die gemeinsame Geschichte verwandt wären, sondern auch noch durch die Dynastie. Er hat aber gesagt, daß wir nicht nur durch unsere Dynastie, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt wären; — er hat die Dynastie in den Vordergrund gestellt. Es läme ja an und für sich auf diese Wortstellung gar nicht an. Ich mache auf dieselbe nur aufmerksam, weil sich darin die ganze Verchiebung charakterisirt, die der letzte

Herr Redner mit meinen Argumenten vorgenommen hat. Der Herr Abg. Birchow hat behauptet, daß die Rede, die Herr Richter hier gehalten hat in Bezug auf die Verhandlungen, die in England schwebten, einen Einfluß gar nicht haben könnte, und er hat zur Unterstützung dessen angeführt, daß er in keinem englischen Blatte etwas über die Rede des Herrn Abg. Richter gelesen hätte. Ja, die Politik wird eben doch nicht ganz ausschließlich durch die Zeitungen gemacht. Ich habe es zu spätem geglaubt, daß in der Bereitwilligkeit, mit der uns von englischer Seite im ersten Augenblicke entgegengekommen wurde, ein Hallentando eingetreten ist; ob diese propter hoc oder post hoc gemessen ist, das muß ich unentschieden lassen. Ich schreibe das einigermaßen dem Eindruck zu, daß man gefunden hat, in unseren Ansprüchen, die wir England gegenüber versetzen, stünde doch nicht die ganze Nation hinter uns. Wenn der Führer einer so bedeutenden Opposition in einer Zeit, wo die Regierung in der Minorität ist, im Reichstage seinerseits auf diese Weise für die englische Auffassung der Sache, für deren Berücksichtigung eintritt, so hat man in England natürlich den Eindruck: die Nation in ihrer Gesamtheit steht nicht hinter den verbündeten Regierungen und ihrer Politik. Es schlägt das in das Fach hinein, das ich schon öfter besprochen habe: eine koloniale Politik läßt sich nur machen, wenn sie getragen ist von dem — ich will nicht sagen einstimmigen, aber nahezu einstimmigen — entschlossenen, festen, starken Nationalgefühl, das einen Ausdruck nicht nur im Volke und in der Presse, sondern auch im Reichstage, und zwar in der Mehrheit des Reichstages und auch durch die Führer derselben findet. Zu den Führern dieser Mehrheit gehört doch der Herr Abgeordnete Richter, und daß er diese nationalen Aspirationen nicht theilt, eben so wenig theilt, wie die Führer der anderen Hälfte der Majorität, des Centrum, — ja, meine Herren, das liest man aus Ihren Reden hinlänglich heraus. Daß unsere Stellung bei den Verhandlungen mit dem Auslande wesentlich abgeschwächt, das muß doch jedes Kind einsehen, und ich weiß nicht, wie wir hier darüber streiten können. Eine Regierung, die ihre ganze Nation hinter sich hat, die tritt mit einem ganz anderen Gewicht dem Auslande gegenüber auf als eine Regierung, der die größere Hälfte der Vertreter der Nation in ihrem Parlamente Opposition macht. Ich muß mich da an die Wortführer der Opposition halten, und einer dieser ist der Herr Abg. Richter, der seine Opposition ausdrücklich mit der Rücksicht auf die Schonung, die wir England aus dynastischen und anderen Interessen schuldig wären, begründet hat. Der Herr Abg. Birchow hat mir vorgeworfen — dem Reichskanzler, wie er sich ausdrückt, daß ich gerade die Bläse ausgefuchst hätte, die Reiner hätte haben wollen. Es fehlt nicht viel, so würde er in dem Sinne, den ich ja an seinen Geschäftsfreunden gewohnt bin, mich als die Wurzel alles Uebels zu betrachten, mir auch noch die Malaria aufgebürdet und behauptet haben (weiter links), daß ich die egyptische erfunden habe, um das deutsche Volk mit irgend einem reaktionären Plane zu schädigen. Ich muß die ganze Kette seiner Argumente zurückweisen, die davon ausgeht, daß ich die Bläse ausgefuchst hätte. Das ist nicht wahr; der deutsche Handel hat sie sich ausgesucht und hat von mir Schutz gefordert und zwar im Appell an die Würde des Reiches und an das Ansehen unserer Flagge im Auslande. Ueber die Gegenden westlich von dem Reiche Banjibar, über die dieselbe imperial charter aufgestellt ist, habe ich noch in keiner Beschreibung von den Leuten, die da gewesen sind, etwas Nächstheiliges erfahren; die gelten nach dem Zeugniß der Engländer, Amerikaner, Belgier, Deutschen, die ich darüber gesprochen habe, für den besten Theil von dem ganzen Innern von Afrika: die Gegenden zwischen der Westgrenze des Sultanats von Banjibar und den großen Seen, die in der afrikanischen Nilquellengegend sich befinden. Der Herr Vorredner hat dieselben in seiner Aufzählung der ungesunden Gegenden nicht erwähnt; ich glaube, er hat sie vermieden, weil er seinerseits noch nichts Uebelbes von dieser Gegend gehört hat. Ich habe sehr viel Gutes darüber vernommen, und aus dieser Rücksicht empfiehlt es sich auch die Frage nicht über's Knie zu brechen. Es handelt sich um einen Landstrich, der, glaube ich, fast so groß ist, wie das Königreich Preußen, als ich geboren wurde, und der alle Klimaten, alle möglichen Arten von Vegetationen enthält, von der tropischen bis zur europäischen, und der von einem Vergleichungsweise gestillten und bildsamen Menschenstamme bewohnt wird; alle Vorbedingungen für eine Anknüpfung kolonialer Beziehungen, die man sich in der Theorie denken kann, treffen dort zu. Ob sich das praktisch bewährt und verwirklicht, meine Herren, dafür kann ich nicht verantwortlich sein, dafür sind verantwortlich die Leute, die da waren, und die Leute, die hingehen. Der Herr Vorredner hat es so dargestellt, als ob man den unwissenden Deutschen verleihe und an das Messer des Klimas liefern würde. Jeder ist seines Glückes Schmied, und wer dahin geht, hat eben einen Lebensschuß von Unternehmungsgestalt und verwerthet denselben auf einem Gebiet, in einer Richtung, die bisher nur für unsere Jugend in Lebensjahren eine erhebliche Anziehungskraft hatte, aber daß wir sehr viel erwachsene Mitbürger besitzen, die darüber mitreden wollten. Also lassen Sie sie doch! Wenn die deutsche Nation einen Ueberfluß von Kraft besitzt, Unternehmungsgestalt und Entdeckungsgestalt in sich verpaßt, so öffnen Sie ihr doch wenigstens ein Thor, durch welches sie das neue wirklichen Land, und nöthigen Sie uns nicht, wie damals bei den Samoavergewaltigungen, auf die ich schon vorher anspielte, auch diese Vorlage wieder zu den Alten zu schreiben und zu sagen: ja, die Regierung würde sehr gern den Erwerbungen und der Initiative des Handels folgen mit ihrem Schutze, aber ohne den Reichstag kann sie es nicht, und der Reichstag hat keine Neigung dazu. Bewahren Sie uns vor der Nothwendigkeit, meine Herren, die Schuld, daß auch hier den Deutschen nicht einmal freie Fahrt geöffnet wird, auf den Reichstag zu schieben! (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Kalle: Ich muß den Abg. Windthorst und das Centrum nochmals gegen die Insinuationen, welche der Reichskanzler am Sonnabend gegen uns geschleudert hat, in Schutz nehmen; der Abg. Windthorst steht thurmhoch über diese Insinuationen erhaben da. Den Abg. Windthorst, den wir mit Stolz den Führer des Centrum nennen, so zu bezichtigen, der jedoch zugleich die Centrumsfraktion für sich achtet, der Führung eines Mannes sich anzuvertrauen, der seine Sonderinteressen theils auf dem Wege eines Bruderkrieges, theils mit anderen unlauteeren Mitteln zu verfolgen sucht. Dagegen lege ich mir den allerentschiedensten Protest ein. In unseren Augen ist ein Bruderkrieg ein so großes nationales Unglück, daß wir uns für die etwas leichte Bezeichnung „chirurgische Operation“ nicht für passend halten. Wir kämpfen für unsere Prinzipien, haben uns unsere Wähler hierher geschickt; aber unlauteeren Mitteln haben wir uns in diesem Kampfe nicht bedient. — Reiner geht im Weiteren noch ausführlich auf die Beziehungen zu England ein und stellt schließlich als Vorbedingung zur Aufrechterhaltung einer kräftigen Kolonialpolitik die Wiederherstellung des uralten Friedens, die Beseitigung des Kulturkampfes hin. Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich ergreife nur das Wort, um eine irrthümliche Auffassung richtig zu stellen, welche der Herr Vorredner bezüglich meines Beschäftigungsgesetzes hat durch seine Aeußerung, daß den Herren die Insinuation von Seiten des Reichskanzlers ungenügen ist. Meine Herren, es ist das ja ein trauriges Gewerbe, das nur zu den konservativen Mitgliedern der Kommission herüber zu der einen Seite betrieben wird, die Meinungsäußerungen der gegnerischen Fraktion dadurch herunterzusetzen, daß man sie als Byzantinismus, als Inspiration der Regierung darstellt, und in welchem Irrthum — ich meine, in einem Irrthum, dem ein Abgeordneter eigentlich nicht mehr betrogen werden sollte — der Herr Vorredner dabei gewesen ist, geht daraus

hervor, können führung ein W d linderk füll partel n heit dor unwahe hat der Eshpal theilung nahm n lunge, n der Per wann g Sache a nur die seiner gegenüb zu be f für th über berger Kreiten in de der G gewesen für I ein fra englisch mehrere die Ku nentlich kätigt k schieden also da sein — legende es doch Richter — Dar der and gewesen großen samleite genügt, Beugniß pflegt, welches beilegt, deutung klarere (Bravo) Ab Hause Sie, v noch b Kleganz zum m Bo beantw gestimm gen o G Thel d und ab je w Lande oder H großer tändent Reichs schreit. Ab Reichslo stätlich Ab ich sein Unterbr Wäße. bis 187 recht; b alle a die Frei Ab eine St Bezug Es wa die ich hatte. daß ich verlehrt meinen befragt, weil ich liberaler werde i zu disk zu komron Ab Borwur mungen verläßt Do Ab den Sed subventi rathen, Erfrüh reiche C und mil erflatter mit soel sen De Geiterze In Antrag nur n Stimme Linie n Abstim m für der H zent r Gndel, Bögel, Weilen men, b parteller Esphaler der Gen licher gegen d demokr

hervor, daß, wie ich glaube mit Bestimmtheit versichern zu können, ich während der ganzen Dauer der Kommissions-
ung mit keinem einzigen Mitgliede der konservativen Partei
in Wort über die Dampfervorlage gewechselt habe, auch nicht
indirekt, auch nicht schriftlich. Ich erkläre also die Behauptung
für eine Erfindung, die man zum Schaden einer Gegen-
partei machen kann, die man aber mit solcher Entschiedenheit
doch nicht in die Welt schicken sollte, wenn sie absolut
unwahr ist und so leicht widerlegt werden kann. Im Uebrigen
hat der Herr Vorredner ja selbst und mit einer gewissen
Empfange erklärt, daß seine Abstimmung nicht von der Beur-
teilung der Sache (sehr richtig! recht!), sondern von der Auf-
nahme abhängig ist, die seine Art zu reden in dieser Versamm-
lung, namentlich bei seinen Gegnern gefunden hat. Wenn
der Herr Vorredner seine Abstimmung davon abhängig macht,
dann gebe ich allerdings die Hoffnung auf, ihn für unsere
Sache zu gewinnen. (Heiterkeit rechts.) Im Uebrigen will ich
nur die Zweifel des Herrn Abg. Richter an der Einschätzung
seiner politischen und misgünstigen Bedeutung, die er mir
gegenüber im Wege der Unterbrechung geltend machte, dadurch
zu beseitigen suchen, daß ich ihm ein glaubwürdiges Zeugnis,
für ihn wenigstens glaubwürdiger als das meine, dafür an-
führe; es ist das seines Fraktionskollegen, des Abg. Dam-
berger, der zu derselben Zeit, von der ich sprach, in denselben
Kreisen, die ich berührte, in denselben diplomatischen Kreisen,
in derselben Weise der Bewunderung darüber, daß
der Herr Abg. Richter bisher noch nicht Minister
gewesen sei, begegnet ist. In der Sitzung vom 27.
April 1880 sagte der Herr Abgeordnete Damberger: „Wenn
ein französischer Präsident in Velle eine Rede hält oder ein
englischer Premierminister in Dublin, dann sind wunderlicherweise
unser Zeitungen mit enggedruckten Spalten gefüllt, während
die Ausländer kaum wissen, was bei uns vorgeht. Ich habe
namentlich eine merkwürdige Gelegenheit gehabt, das wieder be-
stätigt zu sehen. Ich war mit zwei Mitgliedern zweier ver-
schiedener angelegener Gesandtschaften zusammen, — es scheint
also damals im diplomatischen Korps die Legende gewesen zu
sein — es knüpfte das Gespräch an parlamentarische Ange-
legenheiten an, und der eine der Herren sagte: wie seltsam ist
es doch, daß ein Mann von so großen Leistungen wie Eugen
Richter noch nicht Minister geworden ist! (Hört, hört! rechts.)
— Darauf folgte eine ganz unbedeutende Heiterkeit — worauf
der andere erwiderte: wie, ist Herr Richter noch nie Minister
gewesen? Dieser Herr ist schon mehrere Jahre hier bei einer
großen Gesandtschaft, — das sind so ungefähr die Anmerk-
samkeiten, die man unseren Vorgängen schenkt u. s. w.“ Dies
genügt, um meine Auffassung mit dem ganz unverdächtigen
Zeugnis eines Herrn, der mich sonst nicht zu unterfragen
würde, zu belegen, daß der Herr Abg. Richter das Gewicht,
welches das Ausland seiner Opposition gegen die Regierung
beilegt, unterschätzt, und ich möchte ihn bitten, von der Be-
wertung und dem Gewicht seiner Persönlichkeit sich eine
klare und richtigere Anschauung zu bilden, als bisher.
(Bravo! rechts.)

Abg. Meier-Bremen (bei der großen Unruhe im
Hause schwer verständlich) Ich erinnere Sie nur daran, daß
Sie, wenn Sie nicht außer der ostaustralischen wenigstens
noch die australische Linie bewilligen, auf die Linie-Triest-
Alexandrien auch verzichten müssen. Ich bitte Sie deshalb,
zum mindesten der australischen Linie noch zuzustimmen.
Von konservativer Seite wird der Schluß der Diskussion
beantragt. Auf Antrag Richter wird hierüber namentlich ab-
gestimmt und mit 178 gegen 148 Stimmen der Schluß an-
genommen.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen, die zum
Theil durch den Präsidenten als nicht persönliche unterbrochen
und abgebrochen werden. So kommt der Abg. v. Jatz-
jewski nicht dazu, seine Landleute gegen den Vorwurf
landesverfälschlicher Bestrebungen, die ihren Zweck durch Krieg
oder Revolution erreichen sollen, zu bewahren; aber unter
großer Heiterkeit des Hauses verwandelt sich diese als öffentlich
indirekte Erklärung in ein Privatgespräch mit dem Herrn
Reichskanzler, das einen befriedigenden Abschluß zu finden
scheint.

Abg. Birchow verwahrt sich gegen den Vorwurf des
Reichskanzlers, als hätte er die Worte des Abg. Richter ab-
sichtlich umgekehrt.

Abg. v. Kardorff: Herr Birchow hat sich beklagt, daß
ich seine Rede unterbrochen habe. Die Rede konnte durch
Unterbrechungen nur gewinnen; das sind die Daisen in der
Wüste. (Heiterkeit.) Meine Behauptung, die Jahre von 1850
bis 1870 seien Jahre des Aufschwungs gewesen, halte ich auf-
recht; bekanntlich hatten wir aber bis 1885 viel höhere Schöp-
fungs- als heute; und jedenfalls herrschte damals noch nicht
die Freihandelslehre.

Abg. Damberger: Der Herr Reichskanzler hat heute
eine Stelle aus einer Rede verlesen, die ich bei der zweiten
Lesung der Samoa-Vorlage im Jahre 1880 hier gehalten habe.
Es war darin von mir eine Unterhaltung wiedergegeben,
die ich mit zwei Sekretären hiesiger Botschaften gehabt
habe. Der Herr Reichskanzler hat die Erwähnung,
daß ich mit Persönlichkeiten des diplomatischen Korps
verkehrt, mit einer Glosse begleitet, die ich von
meinem Plaze aus nicht deutlich verstand. Wenn er, so
belegtem Umstande etwas Anstößiges gefunden haben sollte, so
will ich bemerken, daß ich damals noch Mitglied der national-
liberalen Partei war. Heute, wo ich zur Opposition gehöre,
werde ich in richtiger Würdigung mir bekannter Verhältnisse
zu diskret sein, um solche Herren durch nähere Verührung zu
kompromittieren.

Abg. v. Helldorff verwahrt seine Fraktion gegen den
Vorwurf des Abg. Rade, als empfangen sie für ihre Abstim-
mungen vom Reichskanzler Instruktionen. (Der Reichskanzler
verläßt den Saal.)

Das Schlusswort als Berichterstatter erhält
Abg. Brömmler: Unsere vierläufigen Verhandlungen wer-
den jeden im Hause von den bestirrenden Reizen einer Dampf-
subvention überzeugt haben; wer in ihren Forderungen ge-
weisen, kommt sobald daraus nicht los. (Heiterkeit.) Diese
Erfahrung wird hoffentlich das Urtheil über die umfang-
reiche Erörterung der Frage in der Kommission berichtigend
und mildern. Was im Uebrigen meine Pflichten als Bericht-
erstatter im gegenwärtigen Augenblicke anlangt, so hat man
mir schon gerühmt, daß der angenehme Redner in der gan-
zen Debatte der Berichterstatter gewesen sei. (Sehr richtig!
Heiterkeit); ich möchte diesen Ruhm nicht leichtfertig auf Spiel-
zeug und vergäbe deshalb auf das Wort als Berichterstatter.
(Heiterkeit und Beifall.)

In der Abstimmung wird zunächst der eventuelle
Antrag der Sozialdemokraten, eine australische Linie
nur nach dem Festlande zu bewilligen, gegen die
Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die australische
Linie wird, entgegen dem Antrage Richter, in namentlicher
Abstimmung mit 170 gegen 159 Stimmen angenommen.
Für dieselbe stimmen geschlossen die beiden Parteien
der Rechten und die Nationalliberalen; ferner vom
Zentrum Graf Adelmann, v. Duol, Feigen Haanen, Graf
Sengel, Hise, Bender, Vetscha, Karbe, Wasserott, Kobbirt,
Sengel, Trimbom; außerdem die anwesenden Mitglieder,
die Welsen v. Wangenheim (Eldenburg) und Langwerth v. Sim-
mern, die Liberalen Bertram und Graf Hode und der Volks-
partei. Gegen die Linie stimmen die Freisinnigen,
Sozialdemokraten und Polen geschlossen, außerdem das Gros
der Zentrumspartei, die Welsen und Volksparteiler.
Die Linie nach Afrika wird in ebenfalls nament-
licher Abstimmung mit 166 gegen 157 Stimmen abgelehnt.
Gegen die Linie stimmen die Freisinnigen, Volkspartei, Sozial-
demokraten, Polen und fast das ganze Zentrum; für dieselbe

die Rechte, die Nationalliberalen und vom Zentrum Graf
Adelmann, v. Duol, Freiherr v. Landsberg, Bender, Vetscha,
Karbe und Kobbirt; außerdem die beiden Welsen v. Wangen-
heim (Eldenburg) und Langwerth v. Simmern, endlich der
Liberal Bertram.

Abgelehnt wird auch der Antrag Vohren auf Bewilli-
gung einer ostafrikanischen Zweiglinie nach Port Elisabeth;
dafür die beiden Parteien der Rechten und etwa die Hälfte der
Nationalliberalen.

Die von verschiedenen Seiten beantragten Modifikationen,
daß die Linien geeigneten „deutschen“ Unternehmern
„auf dem Wege der engeren Submission einzeln oder zu-
sammen“ übertragen werden sollen, werden fast einstimmig
angenommen.

In Gemäßheit der Annahme der ostafrikanischen und
australischen Linie wird nunmehr der Betrag der jährlichen
Subvention nach dem Antrage V e i e l auf 4 Millionen Mark
festgestellt.

Der Antrag Kintelen, die Bewilligung auf die ost-
afrikanische Linie einzuschränken, wird mit 170 gegen 154 Stimmen
abgelehnt; der zweite Theil seines Antrages auf Bewilli-
gung einer Zweiglinie Triest-Alexandrien wird fast einstimmig
angenommen.

§ 1 hat hiernach folgende Fassung erhalten:
„Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Einrichtung und
Unterhaltung von regelmäßigen Postdampfschiffsverbindungen
zwischen Deutschland einerseits und Ostasien, sowie Australien
andererseits, auf eine Dauer von bis zu fünfzehn Jahren an
geeignete deutsche Unternehmer auf dem Wege der engeren
Submission einzeln oder zusammen zu übertragen und in
den hierüber abzuschließenden Verträgen Beihilfen
bis zum Höchstbetrage von jährlich vier Millionen
Mark aus Reichsmitteln zu bewilligen. Der
Reichskanzler wird ferner ermächtigt, zum Anschluß an die
Hauptlinien die Einrichtung und Unterhaltung einer Zweig-
linie von Triest über Brindisi nach Alexandrien auf eine
Dauer bis zu fünfzehn Jahren an geeignete deutsche Unter-
nehmer auf dem Wege der engeren Submission zu übertragen
und in den hierüber abzuschließenden Verträgen eine Beihilfe
bis zum Höchstbetrage von jährlich vierhunderttausend Mark
aus Reichsmitteln zu bewilligen.“

Um 6 1/2 Uhr verläßt sich das Haus bis Dienstag
1 Uhr. (Bollatirnovelle.)

lokales.

Am Dienstag, den 17. März cr., Nachmittags 5 Uhr,
findet eine außerordentliche Sitzung der Stadtordneter-Ver-
sammlung statt. Tagesordnung: Berichterstattung, betr. den
Entwurf einer neuen Baupolizeiordnung für Berlin.

In Bezug auf die von uns gedachte Notiz, daß in
der Sache gegen den von hier ausgewiesenen Fächler Herrn
G r o t h e am 18. März ein Termin stattfinden sollte, wird uns
mitgetheilt, daß das königl. Amtsgericht den Termin bis zum
18. April ausgesetzt hat, da Herr Grothe bereits seit dem 3.
März erkrankt ist.

b. Unsere Nachbar-Residenz Potsdam hatte bisher nur
eine Bürger-Feuerwehr nach altem Muster, d. h. jeder Bürger
ist bei ausbrechendem Feuer verpflichtet, Wächterdienste zu leisten.
Einem von Berlin dorthin übergesiedelten Kaufmann über-
brachte erst kürzlich ein Magistrats-Rath ein Blechschild,
durch welches er als Druckmann Nr. 17 bei der Schloßspritze
bestellt wurde. „Die erste Stufe zum Stadtrath“, meinte der
Uebersender scherzend. Potsdam ist in Bezug auf Brände
allerdings ungewöhnlich günstig situiert. Wegen seiner weit-
läufigen Bauart und des Mangels an Fabriken kommt oft
Jahre lang kein Feuer aus. Jetzt aber ist doch eine frei-
willige Feuerwehr in der Bildung begriffen, zu der die Mel-
dungen sehr zahlreich sind.

b. Wie's gemacht wird! Eine „renommirte Haarwasser-
Fabrik“ in Dresden bietet 50 Mk. Belohnung öffentlich aus
für den Nachweis einer Verläuferin, die außergewöhnlich star-
ke, mindestens 1 1/2 Meter lange Haare besitzt. Solches Haar
aufzutreiben, wird allerdings schwer sein. Aber der Mumpitz
ist doch zu deutlich.

g. Polizeibeamte in großer Ertrinkungsgefahr. —
Dieser Anblick brachte vor einigen Tagen die Bewohner vom
Tegeeler Ditt in nicht geringe Aufregung. Der Polizeibeamte
der Oberpreze, Herr Schubert, bei den Wasserwohnern Britsch-
staber genannt, befand sich mit einem Genädarm und einem
Polizeidener an dem betreffenden Tage auf der Rekoznos-
tationstour, welche durch Befahren der Oberpreze und der um-
liegenden Gewässer mit einem Rahn, den eine Zivilperson
dirigirt, ausgeführt. Zwischen Tegeeler Ditt und Saalwinkel
befand sich, wie vielen Berlinern bekannt sein dürfte, eine
Durchfahrt, in welcher das Fahren mit Rähnen gefährlich ist,
welche einen Segel haben, weil der Wind hier durch die Bin-
dungen in den Röhren bald von dieser, bald von jener
Seite das Segel bzw. der Rahn erfasst. Im Begriff diese
Durchfahrt zu passiren, blies der Wind bei einer kurzen Biegung
plötzlich derartig stark in die Segelrinne, daß der Rahn
lenkerte und sämmtliche vier Insassen ins Wasser fielen. Diese
Katastrophe war vom Ufer des Tegeeler Dittes gesehen worden.
Bis von dort Hilfe nahte, gelang es den Verunglückten, welche
sich ohne Ausnahme einer ziemlich heftigen Erkennung, nach
dem bekannten Sage „Zeit schwimmt oben“ sehr tapfer sich
über Wasser zu halten bzw. sich an den umgekippten Rahn zu
klammern. Alle Vier wurden denn auch, ohne weiteren Schaden
genommen zu haben, gerettet.

N. Ein ganz entsetzlicher Unglücksfall trug sich gestern
früh gegen 7 Uhr in der Maschinenbauanstalt von Velter und
Schneepogel in der Bankstraße 19 zu. Ein dort beschäftigter
Arbeiter mit Namen Gustav Zeuge wollte um die angegebene
Zeit einen Treibriemen von einer in Rotation befindlichen
Welle abheben, wurde dabei aber an der Hand erfasst und so,
ehe ein Aufhalten der Maschine möglich war, wohl sechs mal
um die Welle herumgeschleudert. Erst nachdem die Maschine
angestanden, konnte der B. aus seiner entsetzlichen Lage befreit
werden. Der eine Arm war dem Verarmten bis beinahe zum
Schultergelenk vollständig ausgerissen, während er außerdem
mehrere Rippenbrüche, schwere innere Verletzungen und Fleisch-
kontusionen erlitten. B., der bis zum letzten Moment die Be-
sinnung behielt, mußte sofort, nachdem ihm Nothverbände an-
gelegt, mittelst Krankenwagen nach dem Lazaruskrankenhaus
geschafft werden. B. ist verheirathet, sein Zustand soll ein
hoffnungsloser sein.

Gerichts-Zeitung.

Sieben Wochen unschuldig in Untersuchungshaft
gesehen. Unter der Anklage der Beleidigung des Kaisers er-
schien der Handelsmann Johann Franz Adolph Hoffmann vor
den Schranken der ersten Strafkammer hiesigen Landgerichts I.
Am 5. November v. J. ging bei dem Berliner Polizeipräsidium
ein Drohbrief gegen den Kaiser ein, in welchem u. A. ein
Attentat auf denselben binnen Monatsfrist angekündigt wurde.
Um die gleiche Zeit langte ein Besuch des Angeklagten mit
Ertheilung einer Vegetationskarte für den Gewerbebetrieb ein.
Da nun merkwürdiger Weise die Handschriften beider Schrift-
stücke einander ähnlich sahen, kam der Dezerent des Polizei-
präsidiums auf den Gedanken, daß der Angeklagte auch den
erst erwähnten Drohbrief geschrieben und eingeleitet
habe. Nachdem auch der gerichtliche Schreibschreiber
Handschriften von derselben Hand herührten, wurde der Ange-
klagte in Untersuchungshaft genommen. Dessen Verteidiger,
Rechtsanwalt Freudenthal, forschte bei seinem Mandanten
nach, ob derselbe nicht einen Feind hätte, welcher ihm wohl

diesen Streich gespielt haben könnte, und erfuhr dadurch, daß
derselbe mit dem Bergolder Carl Brunow, Landwehrstr. 42,
in ernste Differenzen gerathen ist. Der Angeklagte fügte aber
hinzu, daß bei dem Charakter desselben gar nicht daran zu
denken sei, daß der Streich von dieser Seite ihm gespielt sein
könne. Nichtsdestoweniger benutzte der Verteidiger den er-
höbten Anhalt und ließ sich die Korrespondenz des Brunow
vorlegen. Beim Anschlagwerden derselben fiel ihm sofort die
überraschende Ähnlichkeit der Handschrift mit der des ano-
nymen Briefes auf, und er beantragte bei Gericht, den ver-
eideten Schreibschreiberhelfer Jint in Erfurt mit
einer Expertise zu betrauen. Dieselbe ging dahin, daß der
anonyme Brief vom Angeklagten unmöglich geschrieben sein kann,
während für die Identität der Handschrift mit der des Brunow
verschiedene Anhaltspunkte vorliegen. In Folge dieses Gut-
achtens wurde der Angeklagte, nachdem er 50 Tage in Unter-
suchungshaft zugebracht, aus dem Gefängnis entlassen. In der
gestrigen Verhandlung gab Kanzleirath Seegel zu, daß den
anonymen Drohbrief Brunow sehr wohl geschrieben haben
könne. Brunow selbst, der unter Aussetzung der Beerdigung
vernommen worden ist, stellte in Abrede, den Brief geschrieben
zu haben und dem Angeklagten feindselig gestimmt zu sein. In
Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt und dem Verteidiger
erklärte der Gerichtshof auf Freisprechung des Angeklagten,
und legte, da derselbe auch nicht einmal in fahrlässiger Weise
die Anklage veranlaßt habe, der Staatskasse die Kosten mit dem
dem Angeklagten erwachsenen nothwendigen Auslagen auf.

Vereine und Versammlungen.

h. Die öffentliche Generalversammlung der Maurer
und Fuher Berlins, welche die Maurer-Lohnkommission am
Sonntag Vormittag hauptsächlich zum Zweck der zu vollziehenden
Delegirtenwahl für den am 23. und 24. v. M. in Hannover stattfindenden zweiten Kongreß der
Maurer Deutschlands in das Louisestädtsche Theater
einderufen hatte, war von mehr als 1000 Theilnehmern besucht
und verlief nach animirten mehrstündigen Verhandlungen in
allseitig befriedigender Weise. Nachdem das Bureau der Ver-
sammlung gewählt worden war, ertheilte der Vorsitzende, Herr
B e h r e n d, dem Regierungsbaumeister a. D. Herrn K e g l e r
das Wort zu seinem, den ersten Gegenstand der Tagesordnung
bildenden und von den Zuhörern sehr beifällig aufgenommenen
Vortrage über die Zwecke und Aufgaben des be-
vorstehenden Kongresses. Als solche bezeichnete der
Redner hauptsächlich erstens die Regelung der Verhältnisse be-
züglich des Fachorgans der deutschen Maurer, des in Berlin
erscheinenden „Bauhauwerkes“. Ein Eingriff in die wohlbe-
gründeten Rechte der Berliner Maurer auf die Leitung
der Verwaltung des Blattes sei, so führte der Redner
im Wesentlichen aus, unzulässig, aber auch gar nicht zu be-
fürchten. Das Eigenthumrecht der Berliner Maurer
am Blatte, das sie mit eigenen Mitteln ins Leben gerufen, und
der daraus herzuleitende entscheidende Einfluß auf das Ordnen
persönlicher und sachlicher, die Redaktion und Verwaltung des
Blattes betreffender Fragen könne, dürfe und werde von keiner
Seite her in Frage gestellt werden. Allen in dieser Hinsicht
etwas auftauchenden Befürchtungen müsse man, als durchaus
unbegründet, entschieden entgegenstellen. Wohl aber sei die
Gesamtheit der deutschen Maurer, deren Interessen zu dienen
das Blatt gegründet wurde, zu der Forderung berechtigt, daß
der auf dem Kongreß zu schaffenden Vertretung der Gesamtheit
oder Allgemeinheit ein Einfluß auf die Verhältnisse des
Gewerkschaftsorgans dahin ermöglicht wird, die Sicherheit der
Existenz des Blattes erhöhen, seine Wirksamkeit fördern, es noch
nutzbringender für die Bewegung machen und die Weiteraus-
dehnung seiner Verbreitung bewirken zu können. Eine Ueber-
schreitung dieser Grenzen, welche geeignet wäre, ernste Störungen
zu veranlassen, müsse durchaus vermieden werden. Die zweite
Hauptaufgabe des Kongresses sei die Gründung eines
Zentralauschusses. Diesem solle die Aufgabe zufallen,
in der Zwischenzeit von einem Kongresse zum anderen die ge-
werkschaftliche Bewegung zu beobachten und zu leiten, die
Kongresse einzuberufen und die Vorlagen für dieselben auszu-
arbeiten und zu publiziren u. in den einzelnen Gauen Bau-
versammlungen anzuregen und vorzubereiten, auf Verlangen
den Einzelnen in Gewerkschaften Rath zu ertheilen, Gelder für
die Bewegung zu sammeln und zu verwenden, kurz und mit
einem Wort, die Bewegung zu zentralisiren, wobei
man vorläufig die Zentralisation der Vereine durch einen
Zentralverband oder sonstwie noch gut werde erbeden können.
Die übrigen, voraussichtlich auf der Tagesordnung des Kon-
gresses stehenden Punkte, wie: Regelung des Agitationswesens
(Abendung von Agitatoren nach Ortschaften ohne oder mit
nur schwachen Organisationen), Berathung über die Mittel zur
Beseitigung von Arbeitseinstellungen und über die bei unver-
meidlich gewordenen Streiks zu beachtenden Grundzüge, An-
regung zur Gründung einer Wanderunterstützungs-kasse für reisende
Maurer, Besprechung über die Verbreitung des Vereinswesens u.,
alle diese und andere Punkte würden am besten durch bloße
Diskutirung auf dem Kongreß erledigt, zu dem alleinigen
Zwecke, dem Ausschuss für zukünftige Kongressvorlagen
orientirte Fingerzeige und Direktiven bezüglich der bei den
Delegirten vorherrschenden Ansichten, Meinungen und Wünsche
darzulegen. Geht es auf dem Kongreß, einen lebensfähigen
Zentralauschuss zu schaffen, der seiner Aufgabe gewachsen ist, dann
werde letzterer trotz allen beengenden Vereinsgesetzbestimmungen
einer einzelnen Staaten die gewerkschaftliche Bewegung wirksam
zu fördern in der Lage sein. Von einer Diskussion über den
Vortrag und den Kongreß selbst mußte mit Rücksicht auf die
viel Zeit beanspruchende Angelegenheit der Kongreß-Delegirten-
Wahlen Abstand genommen werden. Unter animirten Dis-
kussionen beschloß die Versammlung, fünf Delegirte zu
entsenden, denen täglich 6 Mk. und freie Fahrt (dritter Klasse)
vergütet werden sollen. Gewählt wurden die Herren
B e h r e n d, Blaurot, Dietrich (Buyer), Peter und
W i l k e. — Bei Erledigung des letzten Punktes der Tages-
ordnung, Verschiedenes, wurde die Berathung und Beschluß-
fassung über einen von Scheel gestellten und kurz motivirten
Antrag auf Neuwahl einer Lohnkommission (an Stelle der
jetzigen, die dem Antragsteller nicht einheitlich und durch-
greifend genug ist) bis zur nächsten Generalversammlung in
14 Tagen vertagt.

be. Die konstituierende Versammlung des Arbei-
terinnen-Vereins, die am Sonntag, den 16. d., Nachmit-
tags, in Buldermann's Saal, Kommandantenstr. 71/72, statt-
fand, war trotz der schlecht gewählten Stunde verhältnißmäßig
sehr gut besucht. Zur ersten Vorsitzenden wurde Frau Dr.
D o s m a n n, zur zweiten Frau Stägemann und zur
Schriftführerin Frau J h r e r einstimmig gewählt. In einer
kurzen Ansprache begrüßte Frau G u i l l a u m e - S c h a d die
Erscheinenden als Mitarbeiterinnen an dem großen Werke, die
Verhältnisse der Arbeiterinnen zu bessern, ein Ziel, das durch
den beabsichtigten Verein erstrebt werden solle. Ein fester Ver-
band müsse die Einzelnen umschließen, die allein zu schwach
seien, um der materiellen Noth Widerstand leisten zu können,
oder um andererseits sich geistig weiter zu bilden; in dem
Herzen einer jeder müsse das Gefühl der Zusammengehörigkeit,
einer wahren und innigen Schwesternschaft erweckt und gestärkt
werden. Die 325 Eingekunden in die vorläufigen Mit-
gliederlisten, die in den wenigen vorhergehenden Versamm-
lungen erfolgt, seien ein Beweis, wie sehr die Nothwendigkeit
eines solchen Vereins eingesehen worden wäre. — Es
folgte nunmehr die Berathung der Statuten, die mit geringen
Änderungen einstimmig genehmigt wurden. Die wichtigsten
Paragraphen lauten: § 1. Der Verein führt den Namen
„Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“ und
erstrebt: a) die Hebung der geistigen und materiellen Inter-

essen der Arbeiterinnen, insbesondere die Regelung der Lohnverhältnisse; b) die gegenwärtige Unterstützung bei Lohnstreitigkeiten. § 2. Die Wirksamkeit des Vereins soll bestehen in Abhaltung von populären, nicht politischen Vorträgen, Beschaffung einer Bibliothek, sowie Errichtung eines Arbeitsnachweises. § 3. Frauen und Mädchen, welche das 16. Lebensjahr vollendet haben, können Mitglieder des Vereins werden. § 4. Der monatliche Beitrag beträgt 20 Pf.; das Eintrittsgeld 25 Pf.; der Beitrag ist im Voraus zu entrichten. § 5. Die Verwaltung des Vereins besteht aus einer Vorsitzenden und deren Stellvertreterin, einer Schatzmeisterin und deren Stellvertreterin, einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin und 5 Ausschussmitgliedern, welche die Kontrolle über die Kassenangelegenheiten zu führen haben. § 6. Die Verwaltungsmittelglieder erhalten keine Entschädigung. § 7. Die Wahl des Vorstandes geschieht in der Generalversammlung durch Stimmzettel, wobei einfache Mehrheit entscheidet. § 8. Alle 4 Tage findet eine Vorstandssitzung, alle 14 Tage eine Vereinsversammlung statt. Jedes Mitglied hat das Recht, zwei Gäste zu den Vereinsversammlungen einzuführen. Männer haben zu den Vereinsversammlungen gewöhnlich keinen Zutritt. § 10. Sollte sich der Verein auflösen, wird das Vereinsvermögen unter die Mitglieder gleichmäßig verteilt. — Eine lebhaft diskutierte hatte hauptsächlich die Bestimmung des § 8 hervorgerufen, daß Männer gewöhnlich von den Vereinsversammlungen ausgeschlossen seien. Es wurde zwar von verschiedenen Seiten geltend gemacht, daß die Frauen von den Männern immerhin noch etwas lernen könnten, daß die Frauen allein wegen zu geringer Bierverbrauchslokale für die Versammlungen nur gegen Entschädigung erhalten würden, aber im Interesse vollkommener Selbstständigkeit einigte man sich schließlich auf die oben mitgetheilte Fassung. — Hierauf schritt man zur Wahl des Vorstandes, der während 4 Wochen provisorisch die Geschäfte leiten soll. Einstimmig wurde folgende Liste im ganzen angenommen: Frau G. Guillaume, erste Vorsitzende; Frau Dr. Hoffmann, erste Stellvertreterin; Frau Stagemann, zweite Vorsitzende; Frau Fortong, erste Schatzmeisterin; Frau Herzfeld, zweite Schatzmeisterin; Frau Schröder, erste Schriftführerin; Frau Enghardt, zweite Schriftführerin, und als Ausschussmitglieder die Frauen: Hüge, Haase, Kanjusz, Kreuz und Kerlich. Nachdem noch Frau Stagemann im Namen des Vereins der Frau Guillaume-Schad für ihr mühsames Eintreten für die Sache der Arbeiterinnen gedankt und Frau Guillaume-Schad im bewegten Worten versprochen hatte, das ihr zuertheilte Ehrenamt freudlich zu verwirklichen und immer am Platze zu sein, wenn es gebe für die Arbeiterinnen einzustehen, eine Erklärung, welche mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurde, erfolgte um 5 Uhr Nachmittags der Schluß der Versammlung. Die Statuten sind der Polizeibehörde noch an demselben Tage eingereicht worden. Am nächsten Donnerstag oder Freitag wird eine große Frauenversammlung einberufen werden; hoffentlich ist bis dahin die Entscheidung der Behörde bereits erfolgt.

1. Eine Generalversammlung sämtlicher Tischler Berlins hatte die Zentrallohnkommission für Sonntag, den 15. d. M., nach dem Wintergarten des Central-Hotels einberufen und waren etwa 4000 Tischler diesem Rufe gefolgt. Mit der Leitung dieser imposanten Versammlung wurde Herr Lenz betraut, während Herr Rödel über das zur Tagesordnung stehende Thema: „Die bevorstehende Durchführung der Minimallohnentaxe“ referierte. An die mit allgemeinem Beifall aufgenommene Rede des Herrn Rödel knüpfte sich eine ausgedehnte Diskussion, an der sich in hervorragender Weise die Herren Künzel, Blücher, John, Kanda u. A. beteiligten und wurde am Schluß derselben folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute, am 15. März im Wintergarten des Central-Hotels tagende Generalversammlung der Berliner Tischler beschließt:

schädigende Konkurrenz zu entfallen, welche in letzterer Zeit manchen solid produzierenden Arbeitgeber gezwungen hat, entweder auf jede Arbeit zu verzichten, oder die Preisnormierungen niedriger als sonst zu setzen, ein weiteres Umschlagreifen einer derartigen, den solid produzierenden Arbeitgeber, den Arbeitnehmer, sowie den Konsumenten gleichmäßig schädigenden Konkurrenz den vollständigen Ruin vieler Interessenten des Tischlergewerbes herbeiführen würde;

2) in weiterer Erwägung, daß die eben gekennzeichneten Mängel bedeutend — wenn nicht ganz — durch die Durchführung der Minimallohnentaxe beseitigt werden können, durch dieselben auch eine Verbesserung des Arbeitsproduktes erzielt wird, was wiederum geeignet ist, den Berliner Fabrikanten neue Absatzgebiete zu verschaffen, sowie auch dadurch eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit ermöglicht wird;

3) in weiterer Erwägung, daß der durchzuführende Tarif als Minimallohnentaxe aufgestellt ist, eine ganze Anzahl solider und reeller Firmen auch bereits höhere Lohnsätze, als die im Minimallohnentaxe angegebenen zahl; die jegliche schamlose Konkurrenz durch Durchführung der Minimallohnentaxe abgesetzt wird und somit eine Berechtigung, auf Grund der Minimallohnentaxe Abzüge zu machen, nicht vorhanden ist;

zu A. I.: mit allen gesetzlichen Mitteln die Inhaber solcher Arbeitsstätten zu bekämpfen und zwar durch Entziehung von Arbeitskräften, sowie durch Mittheilung der Geschäftspraktiken an die Abnehmer derselben;

zu A. II.: den aufgestellten ca. 200 Nummern enthaltenden Minimallohnentaxe sofort nach Beendigung der mit den Vertretern der Meisterorganisationen begonnenen Verhandlungen zur Durchführung zu bringen, sowie in allen denjenigen Werkstätten, deren Inhaber den vereinbarten Tarif nicht zahlen, nicht wieder in Arbeit zu treten.

zu A. III.: In allen denjenigen Werkstätten, deren Inhaber jetzt bereits höhere Lohnsätze zahlen, als im Minimallohnentaxe angegeben sind, jeden, auch den geringsten Abzug von den bisher gezahlten Löhnen durch sofortige allgemeine Arbeitsniederlegung zu ahnden.

Die Versammelten ertheilen der Zentrallohnkommission Vollmacht, nach eigenem Ermessen den Zeitpunkt für die Durchführung der Taxe festzusetzen, ebenso, den Versuch zu machen, auf dem Wege der Verhandlung mit den Vertretern der Meisterorganisationen eine Vereinbarung zu erzielen. Ferner wird die Kommission beauftragt, alle vorbereitenden Schritte zur Durchführung zu bringen.

Die Versammelten verpflichten sich, der Zentrallohnkommission bei der Durchführung der Minimallohnentaxe zur Seite zu stehen, sowie fest bei den Forderungen zu beharren.

Zur einstimmigen Annahme gelangte ferner folgender Antrag:

„Die heute im Wintergarten des Central-Hotels tagende Versammlung der Berliner Tischler beschließt, daß von heute an sämtliche Tischler Berlins wöchentlich 25 Pfennige freiwillige Beisteuer zum Unterstützungsfonds zu zahlen moralisch verpflichtet sind, und daß diejenigen, welche während des Streiks in Arbeit stehen, für die Dauer des Streiks eine freiwillige Beisteuer von mindestens 50 Pfennig wöchentlich zu zahlen haben.“

In seinem Schlusswort sprach Herr Rödel der Versammlung seinen Dank aus, also schließend: „So lange ich an der Spitze stehe, werde ich nicht aufhören, für die Interessen der Tischler einzutreten. Mit der Durchführung der Minimallohnentaxe hat die Bewegung nicht ihr Ende erreicht, es werden Ihnen vielmehr noch sehr weitgehende Vorschläge gemacht werden. Wenn heute sogar in den „Times“ die Organisation der Berliner Tischler als die ruhmgekrönteste Deutschlands bezeichnet wird, wenn alle Gewerkschaften sich die Tischlerbewegung zum Vorbild nehmen, so beweist dies, daß ein gesunder Kern darin steckt. Den guten Geist zu pflegen und zu fördern, soll meine Aufgabe sein. Was bis jetzt erreicht worden ist, ist nur ein kleines Theil dessen, was erreicht werden kann. Lassen Sie uns daher die Pioniere der heutigen Arbeiterbewegung sein, ohne Rücksicht auf irgendwelches Opfer. Produktiv-Genossenschaften der Tischler

Berlins, Deutschlands ist das nächste Ziel. Durch Einigkeit ist Alles zu erreichen.“

hr. Die von der Lohnkommission einberufene öffentliche Versammlung der Tischler, welche am Sonntag Nachmittag, gegen 200 Teilnehmer zählend, Neue Königstraße 7 tagte, beschäftigte sich mit der Frage: „Ist es möglich, in nächster Herbsthalbjahr eine Erhöhung der Löhne zu erzielen?“ — Der Vorsitzende Herr Johann gab eine entschieden bejahende Antwort auf die Frage. — Es wurden dann Wahlen vollzogen. In Mitglieder der Lohnkommission wurden in der Stelle der Herren Lewin und Belgier, welche ihr Mandat niedergelegt haben, die Herren Hinkel und Schönfeld, zu Vertrauensmännern die Herren Jungnickel, Hill, Gädick, Gieser, Brand, Ester, Bergmann (2 zum Ersatz für ausgeschiedene, 5 zur Verstärkung der Körperschaft) gewählt.

Der Fachverein der Tischler Dresden erläßt folgenden Aufruf: Kollegen Deutschlands! Wie Ihr wohl schon wißt, befinden sich unsere Kollegen der sächsischen Tischler im Streik (90 Mann). Dieselben wurden zu diesem Schritt gezwungen, weil man ihre Kommission, welche mit dem Direktor verhandeln sollte, sofort entließ. Es ist dieses die erste Lohnbewegung neuerer Zeit in unserem Gewerbe. Dieselbe muß nun unbedingt zu Gunsten der Arbeiter enden. Wir ersuchen alle Kollegen dringend, den Bezug fern zu halten und sofort Sammlungen vorzunehmen und dasselbe auch bei anderen Gewerben beziehentlich Fachvereinen veranlassen zu wollen. Kollegen, laßt unsere Brüder nicht im Kampf unterliegen, es wäre dies ein Schlag für uns Alle. Sendungen sind zu richten an Richard Sachs, Niederstraße bei Reichen Nr. 36. Der Fachverein der Tischler Dresden. Alle arbeitervreundlichen Blätter sind dringend um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

Der Bezirksverein des werththätigen Volkes im 25. bis 31. Kommunal-Wahlbezirk hält am Dienstag, den 17. März, Abends 8 Uhr, seine ordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher Herr Otto Ballmüller einen Vortrag über die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Korzölle halten wird.

Der Louisestädter Bezirksverein „Vorwärts“ hält Mittwoch, den 18. März, Abends 8 Uhr, in Konrads-Straße 68, eine Vereinsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Vortrag über das Berliner Gewerbe-Schiedsgericht. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes und Fragelasten. Der wichtigen Tagesordnung wegen werden die Mitglieder ersucht, pünktlich zu erscheinen. Gäste stets willkommen.

Außerordentliche Generalversammlung der Kranken- und Begräbniskasse der Berliner Kürler und Bronzreue (Eingek. Hilfsk. 60), Sonntag, den 22. März, Vormittag 10 1/2 Uhr im Louisest. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Wahl des 2. Vorsitzenden, 1 Schriftführers, 1 Beisitzer. 3. Verschiedenes. Das Quittungsbuch legitimirt.

Den Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter zur Nachricht, daß die Zahlstelle Invalidenstr. 131 bei Dable hiermit aufgehoben ist und haben die Mitglieder ihre Beiträge an nächstgelegene Zahlstellen ferner zu entrichten. Die Zahlstellen für die Ortsverwaltung Berlin S. (Schönhauserthor) sind: Linienstraße 160, Ecke der Gr. Hamburgerstraße, bei Gub. Linienstraße 230 bei Lude, Meyerstraße 21 bei Weiland, Bernauerstraße 14, Ecke der Streitbergerstraße, bei Hönock, Bionischplatz 11 bei Hahn.

Arbeiter-Bezirks-Verein „Glückauf.“ Dienstag, den 17. d. M., Abends 8 Uhr, Versammlung in der „Urania“ Brangelstraße 9 u. 10. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Schwennhagen über: „Sittliches Bedenken über das Erbrecht.“ 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Eine Versammlung der Mitglieder der Hilfsk. der Tapezierer und verwandte Berufsgenossen findet am Mittwoch, den 18. d. M., bei Gratweil statt. Tagesordnung: Abrechnungsverteilung und Kassenangelegenheiten.

Theater.

Königliches Opernhaus.
Heute: Lobengrin.

Königliches Schauspielhaus.
Heute: Ein Schritt vom Wege.

Deutsches Theater.
Heute: Der Probuß.

Bellevue-Theater.
Heute: Der Hypochonder.

Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Heute: Gasparone.

Central-Theater:
Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst.
Heute: Der Walzer-König.

Residenz-Theater:
Direktion Anton Anno.
Heute: Zum 27. Male: Der Vergnügungszug. Hierauf: Die Schultzeiterin.

Walhalla-Operetten-Theater:
Heute: Der Feldprediger.

Louisestädtsches Theater:
Heute: Siebentes Gostspiel der Original-White-Star-Minirell.
Dazu: Onkel Brässa.

Ostend-Theater:
Heute: Das Geheimniß der alten Ramell.

Wallner-Theater.
Heute: Die Sorgenlofen.

Vittoria-Theater.
Heute: Sulfurina.

Alhambra-Theater.
Heute: Bella-Vista.

Arbeitsmarkt.
Ein verheirateter Mann sucht Stellen zum Bierabgeben, auch kann derselbe eine Papierstelle übernehmen.
Adressen an P. Welzel, Kleine Andreasstraße 6, Hof links 1 Tr. 569

Ein Malerlehrling wird verlangt
Brehmer u. Bahnke, Anhaltstr. 8. 567

Arbeiter-Bezirksverein Glückauf.
Dienstag, den 17. März, Abends 8 Uhr:
Versammlung
in der „Urania“, Brangelstr. 9 u. 10.
Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Schwennhagen über: „Sittliches Bedenken über das Erbrecht.“ 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand. 571

554

Geschäfts-Eröffnung!

Allen meinen Freunden und Bekannten, sowie meiner geehrten Nachbarschaft zeige hierdurch an, daß ich am

Donnerstag, den 19. März, in Berlin,
Weinbergsweg Nr. 15b am Rosenthalerthor eine
Cigarren- und Tabak-Handlung
unter bewährter Leitung eröffnen werde.

Ich ersuche, mich in meinem Vorhaben zu unterstützen und wird es mein eifrigstes Bestreben sein, durch gute und gediegene Waare die Zufriedenheit meiner geehrten Kunden zu erwerben.

Ferdinand Ewald, z. Z. Brandenburg a. S.

Fachverein der Tischler.
Mittwoch, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Kurzmann's Salon, Bergstraße 68:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Schriftsteller Bujarsky. 2. Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste willkommen. Der Bevollmächtigte.

Berein zur Wahrung der Interessen der Maler
Alte Jakobstraße 83 (Café Richter)
General-Versammlung.
Vortrag über Krankheiten und die Entstehung derselben in unserm Gewerbe. 568

Große
Communal-Wählerversammlung.
Mittwoch, den 18. März, Abends 8 Uhr, Voßtr. 37.
Tagesordnung:
1. Die Errichtung von Sanitätswochen für den Norden Berlins. Referent Herr Dr. Krohm. 2. Wahl einer Kommission Der Einberufer. 570

Arbeiter-Bezirksverein v. 15. u. 20. Communal-Wahlbezirk.
Mittwoch, den 18. März, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Otto, Adalbertstraße 21:
Ordentliche
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes und Fragelasten. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Gäste willkommen. Der Vorstand.

Arb.-Bez.-V. Tauscher Platz.
Mittwoch, den 18. März, Abends 8 Uhr, in der „Urania“, Brangelstr. 9 u. 10
Versammlung.
T.-O.: 1. Kassenbericht. 2. Vortrag. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. — Eingeführte Gäste sind willkommen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand. 572
NB. Der monatliche Beitrag beträgt 20 Pf. Einschreibegeld wird nicht erhoben.